

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 30 vom 25. Juli 1980

14. Jahrgang

1 DM

IV. Internationales Jugendlager

Neue Verbotsdrohungen gegen das Jugendlager

THIERGARTEN/HUNSRÜCK. — Zu einem neuen Schlag gegen das IV. Internationale Jugendlager haben die Behörden des Bonner Staates zu Beginn der Woche ausgeholt. Nachdem wiederholte Versuche, das Lager schon vor der Eröffnung auf kaltem Weg zu liquidieren, gescheitert waren, wurde am Montag die ultimative Forderung gestellt, das Lager am kommenden Tag zu räumen.

Ein Vertreter der Kreisverwaltung Bernkastel-Kues-Wittlich überbrachte das folgende Ultimatum: Bis Dienstag, den 23. Juli, 9.00 Uhr sollte der Vorbereitungsausschuß mitteilen, ob er bereit sei, das Lager sofort zu räumen. In diesem Fall sollten die deutschen Lagerteilnehmer umgehend nach Hause fahren. Die ausländischen Teilnehmer würden von der Kreisverwaltung bis zu ihrer Ausreise in Notunterkünften untergebracht.

Für den Fall, daß sich der Vorbereitungsausschuß weigern sollte, dieses Ultimatum zu erfüllen, wurde die gewaltsame Räumung des Lagers angedroht.

Dieses Ultimatum ist der Gipfelpunkt einer ganzen Reihe von schweren Provokationen der Behörden gegen das IV. Internationale Jugendlager, die eine Woche vor dessen Eröffnung einsetzten. Mit allen Mitteln, mit immer neuen Verfügungen und Auflagen, die dem Vorbereitungsausschuß ge-

macht wurden, war versucht worden, schon die Eröffnung des Lagers zu verhindern. Die reaktionären Kräfte, die sich jetzt hinter der Kreisverwaltung verstecken, wollten es nicht hinnehmen, daß sich hier im Hunsrück revolutionäre Jugendliche aus aller Welt treffen, um ihre Verbundenheit über alle Grenzen hinweg, ihre Einheit im gemeinsamen Kampf gegen Reaktion und Faschismus, gegen Krisenlasten und Kriegsgefahr zu bekunden.

Doch diese Provokationen konnten zurückgeschlagen werden. Es gelang den reaktionären Kräften nicht, die Eröffnung des Lagers zu verhindern. Nicht zuletzt ist das auf den Umstand zurückzuführen, daß die Teilnehmer des Lagers von der einheimischen Jugend und von vielen anderen Menschen aus Thiergarten und Umgebung solidarisch unterstützt wurden.

Am vergangenen Samstag, dem Tag der Eröffnung, hatten sich 900 Jugendliche aus allen

Teilen der Welt im großen Festzelt auf dem Lagerplatz versammelt. Organisationen aus dreizehn Ländern hatten Delegationen entsandt. Weitere wurden für die nächsten Tage erwartet. Darunter auch die Delegation des albanischen Jugendverbandes. Diese Tatsache ist schon deshalb von großer Bedeutung, weil zum ersten Mal die Einreise einer Delegation aus der SVR Albanien in unser Land durchgesetzt werden konnte.

Und jetzt setzen die Reaktionäre eine neue Provokation in Gang! Bis zum Redaktionsschluß war noch nicht klar, welche Folgen sich aus dem Ultimatum vom Montag ergeben haben. Wir hoffen mit allen fortschrittlichen Menschen darauf, daß es gelingt, das IV. Internationale Jugendlager dennoch weiterzuführen.



Wohnungsnot

in Westberlin. Lange Schlangen vor den Verkaufsstellen der Sonntagszeitungen dokumentieren, daß der kapitalistische Staat nicht in der Lage ist, für ausreichenden Wohnraum zu sorgen. Im Bundesgebiet und in Westberlin fehlen eine Million Sozialwohnungen. Die KPD fordert in ihrem Aktionsprogramm: „Schaffung von ausreichendem und menschenwürdigem Wohnraum zu niedrigen Mieten! Beseitigung von Mietwucher und Bodenspekulation!“

Britischer Kommunist in BRD verhaftet

Freiheit für Genossen Pittam!

RECKLINGHAUSEN. — Am Sonntag, den 13. Juli, wurde Genosse Paul Pittam an einem holländisch-westdeutschen Grenzübergang verhaftet. Er soll nach Ansicht der Behörden eine fünfmonatige Gefängnisstrafe absitzen, zu der ihn 1975 der berühmte Kölner Richter Somoskeoy anlässlich einer Auseinandersetzung mit Neonazis verurteilt hatte. Genosse Paul Pittam, der seit 1968 in Westdeutschland lebte, war im Juli 1975 daraufhin ausgewiesen worden.

Gegenwärtig wird Genosse Pittam in der Justizvollzugsanstalt Recklinghausen festgehalten. Genosse Pittam hat beim Kölner Ausländeramt und der Kölner Staatsanwaltschaft — diese Behörden sind für seinen NPD-Prozeß und die Ausweisung verantwortlich — sofortige Ausreise beantragt. Wegen seines Studiums muß er innerhalb der nächsten vier Wochen in England sein. Die Studentengewerkschaft in London und Birmingham hat bereits eine Kampagne zur Freilassung des Genossen gestartet.

Die Verhaftung des Genossen Paul Pittam und die Absicht der Behörden, ihn fünf

Monate einzusperren, sind eine Provokation für alle, die sich dem Kampf für Freiheit und Demokratie, Frieden und Völkerverständigung verbunden fühlen.

Genosse Paul, der nach dem Ford-Streik 1973 in Köln entlassen worden war, war einige Zeit auch presserechtlich verantwortlich für Flugblätter unserer Partei. Der britische Genosse muß sofort freigelassen werden. Fordert seine Ausreise beim Kölner Ausländeramt (0221/17711) und bei der Kölner Staatsanwaltschaft (0221/20661) Versucht, den Genossen Paul in Recklinghausen anzurufen (02361/29006).

Diese Woche

Neuer NDR-Vertrag

Die Ministerpräsidenten Albrecht und Stoltenberg und Hamburgs Bürgermeister Klose haben sich auf einen neuen NDR-Vertrag verständigt. Lesen Sie dazu unseren Kommentar auf Seite 2.

Mitbestimmung

Die Attacke der Mannesmann AG auf die Montanmitbestimmung hat eine Diskussion über Sinn und Zweck des Mitbestimmungsmodells ausgelöst. Wir bringen Hintergründe auf Seite 4

HBV im Kreuzfeuer der Reaktion

Ein Bezirkssekretär wurde gefeuert; Löwenthal und DAG entfesseln eine Kampagne; mehr auf Seite 5.

Carters Boykott gescheitert

Auf Seite 6 beschäftigen wir uns mit verschiedenen Aspekten des gescheiterten Boykottversuchs.

Sterben für die USA?

Die bisher längste Artikelserie des RM geht auf Seite 10 zu Ende.

Weltfrauenkonferenz

Vom 14. bis 30. Juli findet in Kopenhagen die Weltfrauenkonferenz statt. Mehr auf Seite 11.

Bayer AG spart bei der Sicherheit

Explosion in der Abfallverbrennung

LEVERKUSEN. — Am Dienstag, den 14. Juli, ist die Müllverbrennungsanlage der Leverkusener Bayer-Werke in Bürrig in die Luft geflogen. Der Kollege Reinhard Noebler, ein 32jähriger Kranfahrer bezahlte den Zwischenfall mit seinem Leben. Acht weitere Kollegen wurden verletzt, zum Teil schwer.

Die Betriebszelle der KPD bei Bayer schreibt in einem Extrablatt ihrer Zeitung „Klassenkampf“: „Unter dem unmittelbaren Eindruck der Explosion gab die Werksleitung zu, daß eine Lücke im Sicherheitssystem vorhanden gewesen sein muß. Das ist immerhin schon die halbe Wahrheit. (...) Eines steht jetzt schon fest: An Lücken im Sicherheitssystem ist einzig und allein die Profitgier der Bayer-Kapitalisten schuld.“

Nach der Explosion versuchte die Werksleitung zunächst durch unverschämte Lügen und Verdrehungen den Eindruck zu erwecken, bei der ex-

plodierten Anlage handele es sich lediglich um „hausmüllähnliche Abfallstoffe“ und „normale Industrieabfälle wie Bauschutt“.

Die Bayer-Betriebszelle entlarvt diese Täuschungsmanöver: „Tausende von Kollegen im Werk wissen, daß es kein Bauschutt ist, der in ihren Betrieben und Labors anfällt und von dort nach Bürrig in die Verbrennungsanlage gefahren wird. (...) Den unverfrorenen Täuschungsversuch konnte die Werksleitung denn auch nicht durchstehen. Einen Tag später mußte sie zugeben, daß doch Chemieabfälle verbrannt wurden.“

RGÖ-Betriebsrat erwirkt einstweilige Verfügung

Hartmut Siemon ist wieder im Betrieb

Hoesch legt Beschwerde ein

DORTMUND. — Der von Hoesch fristlos entlassene Betriebsrat Hartmut Siemon kann bis zur Urteilsverkündung in der anhängigen Berufungsverhandlung in Sachen Kündigungsschutzklage vor dem Landesarbeitsgericht Hamm sein Wahlamt bei Hoesch-Union weiter ausüben. Das Arbeitsgericht Dortmund erließ auf Siemons Antrag eine entsprechende einstweilige Verfügung.

Hartmut Siemon und sein Rechtsanwalt Flint begründeten den Antrag auf einstweilige Verfügung mit dem Hinweis auf ein erstinstanzliches Urteil des Dortmunder Arbeitsgerichts, das die fristlose Kündigung für unwirksam erklärte. Dabei verwies Hartmut Siemon erneut darauf, daß der Vorwurf des Unternehmens, er habe sein Betriebsratsamt mißbraucht und Geschäftsgeheimnisse verraten, jeder sachlichen und auch rechtlichen Grundlage entbehere.

Den Vorwurf der Unternehmensseite, die RGÖ wolle das Betriebsverfassungsgesetz zerschlagen und habe deshalb das Recht verwirkt, sich nunmehr auf Bestimmungen dieses Gesetzes zu berufen, kontierte

der RGÖ-Betriebsrat mit dem Hinweis, daß auch verschiedene DGB-Gewerkschaften einschneidende Änderung des Gesetzes anstrebten. Insbesondere die IG Druck und Papier wolle die Verpflichtung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit gestrichen wissen.

Das Gericht schloß sich in seiner Beschlußbegründung den wesentlichen Teilen der Siemonschen Einlassung an und wies mit Nachdruck auf das Individualrecht des Antragstellers auf die Ausübung seines Amtes hin, nicht zuletzt auf dem Hintergrund der bevorstehenden Betriebsratswahlen. Der Hoesch-Anwalt kündigte Beschwerde beim Landesarbeitsgericht in Hamm an.



Norbert Bömer und Hartmut Siemon vor dem Werkstor

Kommentar

Folgt man der bürgerlichen Berichterstattung, so hat es bei der Unterzeichnung des neuen NDR-Vertrags am 18. Juli in Bonn nur Sieger gegeben — mittels eines genialen Kompromisses, der alle zufriedenstellt: Klose lächelt, Stoltenberg grinst, Albrecht strahlt. Drei Sieger?

Mit dem Bonner Kompromiß findet ein medienpolitischer Streit sein vorläufiges Ende, der am 8. Juni 1978 mit der Kündigung des NDR-Staatsvertrages durch den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg begonnen hatte. Zusammen mit seinem niedersächsischen Amtskollegen Albrecht trat Stoltenberg gegen den Hamburger Bürgermeister Klose an, um mit der Zerschlagung des NDR die Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Systems der Rundfunkanstalten in der BRD einzuleiten und dem Privatfunk, den Profitinteressen der Medienkonzerne, Tür und Tor zu öffnen. „Wir werden über den NDR das ganze Rundfunkwesen neu gestalten“, hatte Albrecht angekündigt.

Fauler Kompromiß

Pro und contra Profitfunk, Zerschlagung oder Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Charakters der elektronischen Medien — darüber gibt es keinen Kompromiß zu schließen. Am 18. Juli aber wurde ein Kompromiß geschlossen.

Der Bonner Vertrag sieht nun nicht nur vor, künftig kommerzielle Rundfunkwerbung zuzulassen; von 1983 ab muß der NDR auf seinem Sendegebiet auf sein alleiniges Sendemonopol verzichten. Vom 1. Januar ab haben die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen die Möglichkeit, auch private Träger für Rundfunk- und Fernsehprogramme zuzulassen. Die Tür für die Einführung von Privatfunk ist aufgestoßen. Der Kompromiß, den Klose geschlossen hat, ist faul; Klose hat sich seinen Kontrahenten gebeugt — trotz der juristisch starken Position, in der er sich infolge eines Spruchs des Westberliner Bundesverwaltungsgerichts befunden hat.

Glaubt man Klose, so ist alles halb so schlimm. Bis 1983 seien es noch mehr als zwei Jahre, und da könne viel passieren, heißt es: Die Wahl in Niedersachsen stünde noch an und ein neuer Spruch des Bundesverfassungsgerichts... — Aber dies ist nichts anderes als das beschwichtigende Geschwätz eines Schacherers, der die Interessen der NDR-Belegschaft, der kritischen Öffentlichkeit und teilweise sogar seiner eigenen Parteifreunde den großen Medienkapitalisten und ihren politischen Parteigängern ausgeliefert hat. Zwei Tage nach der NDR-Vertragskündigung am 8. Juni 1978 hatte Springers „Welt“ erklärt: „Die wichtigste Regelung des neuen Staatsvertragsentwurfs bleibt die, daß das Staatsmonopol gebrochen und der privaten Initiative die Tür aufgemacht wird.“ Mit dem faulen Kompromiß von Bonn ist dieses Programm vollauf verwirklicht worden.

Von diesem faulen Kompromiß aus erscheint Kloses geschickt in Szene gesetzter Kampf um die Erhaltung der NDR in einem neuen Licht. Immer hatte Klose erklärt, es ginge ihm nicht nur um die Erhaltung des NDR schlechthin, sondern um die Erhaltung des NDR als öffentlich-rechtliche Sendeanstalt und damit um die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Systems in der BRD. Dies hat er nun müheelos aufgegeben. Warum? Der Verdacht liegt nahe, daß es ihm in seinem ganzen „Kampf“ nur darum ging, den Widerstand und die Empörung breiter Bevölkerungskreise über die Medienpläne der Reaktion zu beschwichtigen, irrezuführen und kaltzustellen. Insofern hat er sein Ziel erreicht; insofern gibt es tatsächlich drei Sieger: Sie Lächeln, grinsen, strahlen; sie machen sich lustig über das „Fußvolk“, das sie gemeinsam ausgestochen haben.



Stoltenberg, Klose, Albrecht

Übrigens liefert uns Kloses Vorgehen im Kleinen ein Beispiel dafür, was von der SPD im Kampf gegen die äußerste Reaktion insgesamt zu erwarten ist: nichts weiter, als daß sie selbst die Sache der Reaktion betreibt.

ju.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Zum Nürnberger Maulkorburteil

Juristische Flankendeckung für den Vormarsch von Strauß

Das Urteil des Nürnberger Oberlandesgerichtes gegen die Genossen Haneld und Weisbecker (siehe RM 29/80) hat in der bürgerlichen Presse ein überwiegend wohlwollendes Echo gefunden. Typisch dafür ist der folgende Satz aus der „Zeit“: „Die jungen Leute, die wohl ihren eigenen Parolen glaubten, müssen noch lernen, daß Tatsachenbehauptungen in einem Rechtsstaat bewiesen sein müssen.“

In Wahrheit freilich verhält es sich gerade umgekehrt: Das Gericht ließ den Wahrheitsbeweis der in dem betreffenden Flugblatt enthaltenen Aussagen über Strauß gar nicht erst zu und qualifizierte sie als Diffamierungen ab. Die Bedeutung des in Nürnberg ergangenen Urteils liegt über den konkreten Fall hinaus darin, daß hier jeder, der Strauß mit dem Kurs auf ein neues 33 in Verbindung bringt, kriminalisiert werden soll.

Verboten wurden in Nürnberg die folgenden Aussagen:

- Stoppt Strauß! Verhindert ein neues 33!
- Franz Josef Strauß sei der Hitler von heute
- Stoppt Strauß, oder wollen wir warten, bis wir uns früher oder später wiederfinden, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Christen, deutsche und ausländische Arbeiter in den neuen KZs?
- Wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg.

Das Gericht sah in all diesen Aussagen Angriffe „gegen die Ehre des Klägers und seines Ansehens in der Öffentlichkeit“, die vom Recht auf freie Meinungsäußerung nicht mehr gedeckt werden könnten. Begründet wurde das im Wesentlichen damit, daß Strauß hier auf die eine oder andere Weise mit der Hitler-Diktatur und ihren Verbrechen in Verbindung gebracht würde. So etwas ginge nicht an, denn der Kandidat stünde auf dem Boden des Grundgesetzes, sei Führer einer demokratischen Partei usw.

Auf die im Flugblatt vorgenommene inhaltliche Begründung der hier angeführten Aussagen ging das Gericht jedoch nicht ein. Im Flugblatt war unter anderem herausgestellt worden, daß Hitler von den aggressivsten Kräften des Finanzkapitals an die Macht gebracht worden war und daß die gleichen Kräfte heute in Strauß ihren „starken Mann“ für die kommende Periode der verschärften Krise und des Anschwellens der Klassenkämpfe sehen. Sie sind es, die Kurs auf

ein neues 33 nehmen. Und wie der CSU-Chef selbst zum Faschismus, zur blutigen terroristischen Unterdrückung der Werktätigen durch die Bourgeoisie steht, machte das Flugblatt unter anderem an seinem herzlichen Einvernehmen mit dem chilenische Massenmörder Pinochet deutlich.

Im Verfahren selbst verwiesen die Genossen in diesem Zusammenhang auf die einschlägigen Äußerungen des Kandidaten, der etwa Bamberger Demonstranten als Tiere bezeichnet und gefordert hatte, sie außerhalb des Gesetzes zu stellen; der im Ruhrgebiet Strauß-Gegner als Faschisten beschimpfte usw. Bezeichnend für den Charakter des Nürnberger Gerichts ist die Tatsache, daß es diese terroristische Hetze damit entschuldigte, Strauß habe sich „in Form und Ausdruck vergriffen.“

Wie im RM wiederholt berichtet, sind andere Gerichte bei einer realistischen Prüfung der Tatsachen zu einem völlig anderen Schluß gekommen. Das Amtsgericht Stuttgart zum Beispiel schmetterte die Forderung des Kandidaten ab, die Losung „Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg“ verbieten zu lassen. In bezug auf „Reaktion“ und „Krieg“ wurde festgestellt: „Hier handelt es sich um zwar polemische, aber durchaus im Rahmen des bei politischen Auseinandersetzungen Üblichen liegenden Äußerungen (...)“

Weiter urteilte das Stuttgarter Gericht, „(...) daß auch das Inbeziehungsetzen des Herrn Strauß zu Reizworten wie ‚Reaktion, Faschismus und Krieg‘ noch nicht unangemessen bei einem Politiker (ist), der sich über Demonstranten dahin äußert, sie benähmen sich wie ‚Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist‘. Diese — von Herrn Strauß gegenüber dem deutschen Richterbund noch verteidigte — Äußerung läßt es nicht als strafrechtlich relevant erscheinen, wenn die Angeschuldigte zu

Strauß Faschismus assoziiert, insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß der Vorwurf Faschismus wegen seines Bezugs zum Nationalsozialismus auch beinhaltet die für diesen typische Herabwürdigung von Personengruppen als minderwertig („Untermenschen“).“

Und gerade diese Parole „Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg“, die inzwischen zu einer zentralen Losung der Anti-Strauß-Bewegung im Vorfeld der Bundestagswahl geworden ist, will das Nürnberger Oberlandesgericht verbieten, beziehungsweise reduzieren auf „Wer Strauß wählt, wählt Reaktion.“ Das ist der Versuch, den Antifaschisten und Demokraten in unserem Land die öffentlichen Darstellung der Ziele des Kandidaten zu verwehren. Und es liegt auf der Hand, daß die Strauß-Leute alles unternehmen werden, um mit dem Nürnberger Urteil in der Hand ihre juristische Offensive zu verstärken, die das Ziel hat, den Kampf gegen Strauß in Wort und Tat zu kriminalisieren.

Der Kandidat und seine Gefolgschaft können zwar solche Urteile, wie das in Nürnberg gefällte, durchdrücken. Uns zum Schweigen bringen aber — das können sie nicht.

FDP und Arbeitshetze

Lambsdorff fordert japanische Zustände

Auf breite Empörung und Kritik ist die unverschämte Forderung des Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff an die bundesdeutschen Arbeiter, mehr und schneller zu arbeiten, gestoßen. Der Graf, der selbst nie ehrlich gearbeitet haben dürfte, empfahl die extrem antisozialen und arbeitfeindlichen japanischen Produktionszustände der westdeutschen Wirtschaft als Modell.

Lambsdorff hatte nach Rückkehr von seiner Japan-Reise erklärt, die Produktivität pro Mann und Arbeitsstunde und der Einfallsreichtum bei Rationalisierungen seien in manchen Bereichen der japanischen Industrie denen der bundesdeutschen Unternehmen überlegen.

Der Boom der japanischen Industrie wird auf dem Rücken der japanischen Arbeiter ausgegossen. Die Verhältnisse sind so, daß ein japanischer Arbeiter den Urlaub aus Angst vor Entlassung meist in Krankheitsfällen nimmt. Von daher nur ist die niedrige Kranken- und hohe Arbeitsquote zu verstehen. Japanische Arbeiter über 50 müssen den Betrieb verlassen und dann mit den Jahren bis zur Vollpensionierung irgendwie fertigwerden.

Geradezu absurd ist es außerdem, wenn der gräfliche Wirtschaftsminister einen verstärkten Arbeitseinsatz der Beschäftigten fordert, während andererseits 780 000 Arbeitslose keine Arbeit finden. Wie stark der Leistungsdruck für Arbeiter in der BRD bereits ist, zeigt sich daran, daß die Mehrzahl der Beschäftigten bereits mit 60 Jahren in Pension gehen möchte, da sie sich den Anforderungen nicht mehr gewachsen fühlt.

Mit seinen extremistischen Äußerungen steht der Bundeswirtschaftsminister in der poli-

Kinderarbeit in der BRD

Mit dem Buch „Kinderarbeit in der Bundesrepublik und im Deutschen Reich“ (Verlag Die Arbeitswelt, Berlin, DM 14,80) legen die Wissenschaftler Elke Stark-von der Haar und Heinrich von der Haar eine erste Bestandsaufnahme der Kinderarbeit in der Bundesrepublik vor. Danach gehen 300 000 Kinder in der Bundesrepublik arbeiten. „Unter Kinderarbeit verstehen wir die Erwerbstätigkeit von Kindern zum Zwecke der Gewinnerzielung seitens der Unternehmer“, heißt es in der Studie. „Zur Kinderarbeit zählt nicht die Hausarbeit im elterlichen Haushalt sowie der polytechnische Unterricht oder die Arbeitslehre.“

Wieder Benzinpreiserhöhung in Sicht

Die mehrmals angekündigte Erhöhung der Mineralölsteuer soll schon Anfang November in Kraft treten. Das bestätigte jetzt Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD). Die Steuer soll für Benzin um 3 Pfennige pro Liter und bei Diesel um 2 Pfennige je Liter heraufgesetzt werden. Gleichzeitig bereitet die Ölkonzerne ihrerseits eine neue Preiswelle vor. — Auch andere neue Belastungen kommen auf die Werktätigen zu: Das Kieler Institut für Weltwirtschaft rechnet bis 1981 mit einem Ansteigen der Arbeitslosenzahlen auf 1,25 Millionen.

tischen Landschaft der BRD nicht allein. Vor allem seine Parteifreunde von der FDP geben ihm Rückendeckung. So solidarisierte sich der westdeutsche Außenminister Genscher „voll“ mit Lambsdorff und erklärte dreist: Wer so tue, als sei jetzt die 35-Stunden-Woche möglich, der gefährde den Leistungswillen, die soziale Sicherheit und das Erreichte.

Der hessische Wirtschaftsminister Karry — ebenfalls FDP — erklärte gegenüber der „Bild“-Zeitung: „Die 40-Stunden-Woche ist heute schon eine 32-Stunden-Woche, wenn man berücksichtigt, daß Urlaub und Krankheiten von der Wochenarbeitszeit abgezogen werden. Die deutschen Arbeitnehmer haben heute schon die geringste Jahresarbeitszeit. Dadurch sind die Kosten gestiegen, und wir wurden auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig. Wenn wir die Wochenarbeitszeit noch mehr senken, dann sind wir ganz aus dem Rennen. (...) Nein, wir sollten nicht länger, aber im Rahmen der 40-Stunden-Woche mehr und besser arbeiten. Wir sind kein Volk von Faulenzern, aber Begriffe wie Pflicht sollten wieder eine größere Rolle spielen. Dann würden nicht so viele Leute blau machen. Krankfeiern ist doch für viele zur lieben Gewohnheit geworden.“

Sozialliberale Regierungskoalition 1976 bis 1980

Weniger Leistung, mehr Belastung

Eine sozialpolitische Bilanz

Am 14. Dezember 1976 trat der 8. Deutsche Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Mit 250 gegen 243 Stimmen bei einer Stimmenthaltung wurde der Hamburger Abgeordnete Schmidt erneut zum Bundeskanzler gewählt. Das neue Bundeskabinett setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen.

So begann das Kabinett Schmidt im Zeichen der sozialpolitischen Demontage seine Arbeit. Erwartungsgemäß nahm die Diskussion der Rentenfinanzierung bei der sozialpolitischen Debatte der Regierungserklärung breiten Raum ein.

Schon das, was der frischgebackene Arbeitsminister Ehrenberg verkündete, verhielt den Rentnern und Beitragszahlern nichts Gutes. Zwar versicherte er am 22. Januar 1977 in Bonn, „die Beiträge in der Rentenversicherung brauchen nicht erhöht werden“ — ein Versprechen, das noch im selben Halbjahr gebrochen wurde — doch ließ er durchblicken, daß man einen massiven Angriff auf die bruttolohnbezogene, dynamische Rente in Vorbereitung habe.

„Sollte die wirtschaftliche Entwicklung es erforderlich machen, kann in den Jahren 1979 und 1980 bei den Bestandsrenten von dieser Grundlage (der bruttolohnbezogenen Anpassung, Red.) abgewichen werden, jedoch darf das Niveau des Anstiegs der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer (...) nicht unterschritten werden.“

Es wurde unterschritten. Nicht nur, daß durch die Bestimmungen des von den sozialliberalen Bundestagsfraktionen verabschiedete 20. Renten Anpassungsgesetz die ansonsten jährlich erfolgende Anpassung um ein halbes Jahr hinausgezögert wurde, die bruttolohnbezogene Anpassung wurde durch die Bestimmungen des 21. Renten Anpassungsgesetzes von 1979 bis 1981 außer Kraft gesetzt. Die willkürlich festgelegten Anpassungswerte lagen mit 4,5 Prozent für 1979 und jeweils 5 Prozent für die folgenden zwei Jahre noch unter dem Anstieg der Nettolöhne.

Es hätte eine einfache Möglichkeit gegeben, den durch die Rezession Mitte der siebziger Jahre entstehenden Engpaß in den Rentenfinanzen ohne zusätzliche Belastung der Renteneinkäufer und Beitragszahler zu überwinden, und zwar durch eine entsprechende Erhöhung des Bundeszuschusses, also durch eine kräftige Subventionsspritze aus den Mitteln des Bundeshaushalts.

Im Grund wäre das sogar das Selbstverständlichste gewesen, denn der Bundeshaushalt ist nichts anderes als unser von der Bundesregierung verwaltetes Geld. Doch die Bundesregierung verwandte es nicht in unserem Sinne und ließ Renteneinkäufer und Beitragszahler zur Kasse bitten.

Bundesarbeitsminister Ehrenberg nannte in seiner eben schon erwähnten Rede vor dem Bundestag am 22. Januar 1977 drei Hauptaufgaben der Sozialpolitik.

An erster Stelle sehe er die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Zweiter Punkt sei die in diesem Artikel bereits behandelte „Sicherung der dynamischen Rentenanpassung“ und an dritter Stelle stünde die dringend notwendige Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Nun wird jeder vernünftige Mensch, sofern er kein Kapitalist ist, den ersten Punkt der

Ehrenbergschen Säulen aus ganzem Herzen unterstreichen. Doch lassen wir vor einer Würdigung des Vorsatzes, die Vollbeschäftigung wiederzugewinnen, den Bundeskanzler selbst zu dem Problem Stellung nehmen. Im folgenden wird ausdrücklich nicht aus seiner Regierungserklärung zitiert, sondern aus einer sehr offeneren Rede, die der Kanzler am 2. Juni 1977 vor dem Bund Deutscher Industrie (BDI) hielt: „Japan ist uns in Sachen Beschäftigung überlegen und macht uns ja auch deutlich zu schaffen beim Stahl (...), weil das japanische Volk offenbar bereit ist, mit sehr viel niedrigeren realen Löhnen und Sozialleistungen auszukommen.“ Da werden die Herren Industriellen, Präsident Schleyer weit unter ihnen, warmerzigen Beifall spendet haben — Beifall für den Kanzler der Sozialdemokratie.

In den letzten vier Jahren hat die Bundesregierung eine Menge millionenschwerer Investitionen getätigt, hat unter dem Vorwand der Arbeitsplatzsicherung Hunderte Millionen von Steuergeldern in die Industrie gepumpt. Das alles nennt sich dann „Konjunkturprogramm“, „Programm für Investitionshilfe“, „Werthilfe“, „Ruhrprogramm“ oder „Strukturhilfe“. Allein 1976, im Jahr der letzten Bundestagswahl, sind auf diese Weise 52,1 Milliarden Mark aus den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden auf die Kapitalisten umverteilt worden.

Dient das der Sicherung oder gar der Schaffung von Arbeitsplätzen?

Die Kapitalisten und ihre Forscher sollen selbst zu Wort kommen. Im April 1977 erklärte das Kölner Institut für Marktstudienforschung: „Hauptnutznier staatlicher Subventionen an die gewerbliche Wirtschaft sind Großunternehmen.“ Und ein Vertreter dieser Großunternehmen, BASF-Chef Seefelder, machte bereits im Januar 1977, also genau zu der Zeit, in der Minister Ehrenberg die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung beschwor, gegenüber Journalisten deutlich, „daß eine größere Investitionsbereitschaft nicht zwangsläufig die Schaffung neuer Arbeitsplätze bedeutet.“ Weiter wies Seefelder darauf hin, daß es Ziel der unternehmerischen Tätigkeit sei, Gewinne zu erwirtschaften und nicht, arbeitsmarktpolitische Probleme zu lösen. Wörtlich: „Wir sind kein Wohlfahrtsunternehmen.“ Damit hat Seefelder den Kapitalismus korrekt beschrieben.

Und die Regierung dachte nicht im Traum daran, irgendeine arbeitsmarktpolitische Bedingung an die großzügige Gewährung unserer Steuergelder zu knüpfen. So erweisen sich die Subventionen der öffentlichen Hand als Rationalisierungshilfen, als Geburtshelfer von Massenentlassungen.

Selbst dort, wo es gesetzliche Mittel gibt, Druck auf die Unternehmerschaft auszuüben, wird darauf verzichtet. Auch dieses Jahr erließ die Bundesregierung den Kapitalisten die Lehrstellenabgabe, die ver-

Fünf sind inzwischen ausgewechselt worden. Einer war zur Regierungsbildung erst gar nicht mehr angetreten, Walter Ahrendt. Er mußte den großen Rentenbetrag der Bundesregierung mit dem Rücktritt bezahlen.

hängt werden kann, wenn die Unternehmer nicht ausreichend Lehrstellen zur Verfügung stellen. Unnötig zu erwähnen, daß bei der Erzeugung der Arbeitslosigkeit der Bund oft beispielhaft vorangegangen ist. Allein von 1975 bis 1978 konnte die Deutsche Bundesbahn 75 000 Beschäftigte einsparen.

Nun sollte man doch zumindest von einer sozialdemokratisch geführten Regierung erwarten können, daß sie wenigstens Maßnahmen zur sozialen Sicherstellung der Arbeitslosen trifft. Doch Minister Ehrenberg hat bis heute mit Erfolg große Energien darauf verwendet, den Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erschweren. Das hierbei eingesparte Geld — denn auch die Arbeitslosenversicherung wird ähnlich wie die Rentenversicherung geringfügig subventioniert — findet sich

wurden die Zuschüsse auf 80 Prozent beschränkt. Eine Rezeptgebühr wurde eingeführt, auch bei Rentnern. Ärzte werden angewiesen, nicht mehr so viele Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen auszusprechen. Das Krankenhauspersonal wird drastisch verknüpft auf der Grundlage des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, Betten werden abgebaut, kleine Krankenhäuser geschlossen, die medizinische Versorgung auf dem Land spottet jeder Beschreibung.

Auch in diesem Bereich hat — abgesehen von der Notwendigkeit, dem Preisterror der Pharmakonzerne gehörig in die Parade zu fahren — die Regierung ähnlich wie in der Rentenfrage zu keiner Zeit daran gedacht, staatliche Aufwendun-



dann in den Unternehmenskassen wieder, wo es zu Finanzierungen von weiteren Rationalisierungsprogrammen, sprich zur Erzeugung weiterer Arbeitslosigkeit zur Anwendung kommt. Ein von der sozialdemokratischen Regierung inszenierter Teufelskreis zulasten der Werktätigen, zugunsten des Kapitals.

Die dritte Säule der Ehrenbergschen Sozialpolitik ist die Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Und wo die Notwendigkeit einer Kostendämpfung unterstellt wird, muß es auch eine Kostenexplosion geben. Tatsächlich wird davon auch gesprochen. Mitunter wird sogar das Gespenst des Bankrotts der gesetzlichen Krankenversicherung an die Wand gemalt. Ehrenberg meinte dazu in seiner schon eingangs erwähnten Rede: „Die Ausgabenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung muß sich stärker an der Entwicklung der Einkommen ausrichten.“

Hauptverursacher der Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist die pharmazeutische Industrie, denn die Arzneimittelpreise steigen entschieden schneller als die am Grundlohn der Werktätigen orientierten Einnahmen der Kassen. Und bis heute hat noch keine Regierung etwas unternommen, die Diktatur der Pharmazie in irgendeiner Weise zu beschneiden.

Statt nun den Konzernen ans Leder zu gehen, wird der kleine Mann zur Kasse gebeten. Selbstbeteiligung heißt das Zauberwort. Bei Zahnersatz

gen im Interesse einer vernünftigen gesundheitlichen Versorgung zu beschließen, den Bundeshaushalt, der sich wie gesagt aus unseren Steuerabgaben rekrutiert, für unsere Interessen einzusetzen.

So erwiesen sich die von Ehrenberg genannten drei Säulen der Sozialpolitik als drei sprudelnde Geldquellen für das Monopolkapital.

Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, Sicherung der dynamischen Rente, Kostendämpfung im Gesundheitswesen, das waren die Zielvorgaben sozialliberaler Sozialpolitik.

Da kann man nur sagen — Klassenziel nicht erreicht.

- Wiederherstellung der Vollbeschäftigung? Fehlanzeige!
- Sicherung der dynamischen Rente? Der Sicherung der Rentenfinanzen wurde die dynamische Rente zum Opfer gebracht!

- Kostendämpfung im Gesundheitswesen? Die Bevölkerung bezahlt den Raubzug der Pharmakonzerne mit höheren Beiträgen, immer mehr Selbstbeteiligungsmaßnahmen und ständig schlechterer Versorgung!

Und wir, die Arbeiter und Angestellten, haben wir etwa weniger Steuern gezahlt in den letzten vier Jahren? Doch wo ist das Geld geblieben?

Auf diese Frage werden weitere Artikel Aufschluß geben, die sich mit der Regierungspolitik der letzten vier Jahre unter dem Aspekt innere und äußere Sicherheit beschäftigen. jvt

Demokratischer Wahlkampf?

Schikanen und Behinderungen für die VOLKSFRONT

Wäre etwas dran an dem Geschwätz der bürgerlichen Politiker vom freiheitlich-demokratischen Deutschland, so müßten im Wahlkampf alle kandidierenden Parteien haargenau dieselben Rechte haben. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Für neue, noch nicht im Bundestag vertretene Parteien gibt es ein ganzes Arsenal von Schikanen, Behinderungen und Fußangeln. Die Großen wollen unter sich bleiben.

Das größte Hindernis in diesem Zusammenhang ist sicherlich die undemokratische Fünfprozentklausel. Viele Wähler, die an und für sich die Politik und die Zielsetzung der VOLKSFRONT begrüßen und durch ihre Wahlentscheidungen unterstützen wollen, entscheiden sich letzten Endes doch vor dem Hintergrund der „Theorie von den verlorenen Stimmen“ für eine andere Stimmabgabe.

Doch bevor die VOLKSFRONT überhaupt zur Wahl zugelassen wird, hat sie eine Menge Hürden zu überwinden, die die großen Parteien im Wahlgesetz verankert haben.

So muß die VOLKSFRONT im Gegensatz zu den sogenannten etablierten Parteien für jeden aufgestellten Direktkandidaten 200 Unterstützungsschriften beibringen, für jede Landesliste 2000. Erfüllt sie diese Vorbedingung nicht, so verwirft sie das Recht, überhaupt an der Bundestagswahl teilzunehmen.

Die etablierten Parteien — die CDU, CSU, SPD und FDP —, die im Bundestag vertreten sind, sind von diesen Pflichten entbunden.

Doch selbst, wenn man bei dieser merkwürdigen Logik bliebe, warum überläßt man die Frage der Anerkennung nicht dem Wähler am 5. Oktober?

Wobei bemerkt werden muß, daß auch im Zusammenhang mit den Unterschriftensammlungen eine Verschärfung eingetreten ist. Gab es vor vier Jahren noch Unterschriftenlisten, so liegen diesmal ganze Formulare für eine Unterschrift vor. Dadurch steigt gewissermaßen die Hemmschwelle in

der Bevölkerung, für die VOLKSFRONT eine Unterschriftensammlung zu leisten.

Laut Wahlgesetz werden die am Wahlkampf teilnehmenden Parteien aus öffentlichen Geldern unterstützt, während aber die großen Parteien, die auf unbegrenzte Reserven zurückgreifen können, diese Wahlunterstützung schon vor der Bundestagswahl ausgezahlt bekommen, muß die VOLKSFRONT, die nicht das zweifelhafte Glück hat, die Industrie auf ihren Spendenlisten vorzufinden, den gesamten Wahlkampf aus eigenen Kräften finanzieren. Ähnlich sieht es bei der Werbung in Rundfunk und Fernsehen aus. Während die im Bundestag vertretenen Parteien nach der Sommerpause Abend für Abend über den Bildschirm flimmern werden, will der VOLKSFRONT nur einen Bruchteil dieser Zeit zur Verfügung stellen.

Die Volksbetrüger, die über Unsummen von Geld verfügen, haben alle Möglichkeiten, sich dem Wähler anzubieten, während die VOLKSFRONT, die sich aus den spärlichen Mitteln ihrer aus der arbeitenden Bevölkerung stammenden Anhängerschaft finanziert, mit allen nur erdenklichen Methoden an der Wahrnehmung ihres Rechts auf Teilnahme an der Wahl behindert wird.

Offensichtlich trauen die großen Parteien ihrer eigenen Demagogie nicht über den Weg, sonst hätten sie diese Arten von Behinderung und Schikane nicht nötig. Zeigt das nicht auch, wie wichtig die Kandidatur einer wahrhaft antifaschistischen Organisation ist?

Unterschriften für die VOLKSFRONT

Guter Erfolg in Emdener SPD-Viertel

ESSEN.— Nach Angaben der Bundesgeschäftsstelle der VOLKSFRONT gehen die Unterschriftensammlungen für die Direktkandidaten und die Landeslisten auch im Norden der Bundesrepublik gut voran. Als Beispiel nannte die Bundesgeschäftsstelle eine Aktion in Emden.

Dort hatten sich acht Mitglieder der VOLKSFRONT vorgenommen, einen halben Tag in einem traditionellen Arbeiterviertel mit starker SPD-Anhängerschaft um Unterstützung für den VOLKSFRONT-Direktkandidaten und die niedersächsische Landesliste zu werben.

Sie gingen etwa fünf Stunden lang von Tür zu Tür und registrierten ein erfreulich großes Interesse für die Politik und die Ziele der VOLKSFRONT. Für den Direktkandidaten konnten 83 Unterschriften gesammelt werden. Zusammen mit den Unterstützungsunterschriften für die Landesliste kamen die acht VOLKSFRONT-Kolleginnen und -Kollegen auf 166 Unterschriften.

Dieses gute Ergebnis bestätigt die Einschätzung der KPD, daß ein Großteil der SPD-Wähler die Schicht der Arbeiterklasse orientiertes Programm, ein Programm für Wohlstand, Demokratie und Frieden, wie man es bei der SPD vergeblich sucht.

Insbesondere diese Wählerschichten reagieren ausgesprochen interessiert auf die VOLKSFRONT, verkörpert sie



Anke Apel, Kandidatin der VOLKSFRONT im Kreis Emden/Aurich

doch ein an den Interessen der Arbeiterklasse orientiertes Programm, ein Programm für Wohlstand, Demokratie und Frieden, wie man es bei der SPD vergeblich sucht.

Zur Geschichte der Mitbestimmung (2)

Wirtschaftsdemokratie — ein Weg, der zum Faschismus führte

Ein „Faustpfand für eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft“ — so nennen Vetter und Loderer die Montanmitbestimmung. Diese zu verteidigen und in ihrer Richtung die Mitbestimmung auszuweiten, sei der richtige Weg, ein neues 33 zu verhindern. Die Geschichte beweist jedoch das Gegenteil. Das zeigt das Schicksal der Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik. Schon von den reformistischen Führern des ADGB wurde die Wirtschaftsdemokratie zum Ziel der Gewerkschaftsbewegung erklärt. Die ADGB-Führer stemmten sich damit dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats entgegen. Vor allem wollten sie den Kampf

Die reformistische Politik der Klassenversöhnung reicht zurück bis zum Beginn dieses Jahrhunderts. Schon damals machte sich in Führung und Funktionskörper der Organisationen der deutschen Arbeiterklasse, SPD und Gewerkschaften, der Opportunismus breit. 1914 kam es zum offenen Verrat der reformistischen Führer: Die SPD stimmte im Reichstag für die Kriegskredite. Es wurde ein offizieller „Burgfrieden“ zwischen der Bourgeoisie einerseits und den Gewerkschaften auf der anderen Seite vereinbart. Die opportunistischen Arbeiterführer halfen mit, die werktätige Jugend auf die Schlachtbank des imperialistischen Raubkrieges zu treiben.

1918, als der erste Weltkrieg dann seinem Ende zuzuging, entstand in Deutschland und in den kämpfenden Armeen eine revolutionäre Situation. Vorboten waren Meutereien der Soldaten auf den Kriegsschauplätzen und Streiks und Demon-

allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung gibt es für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften.“

Die Gewerkschaften, die einst als Kampforganisation der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung entstanden waren, sollen nun Bundesgenossen der Bourgeoisie gegenüber dem Ansturm des revolutionären Proletariats sein? In seiner Analyse des Imperialismus hat Lenin die wirtschaftliche und soziale Grundlage für die Entwicklung des Opportunismus und Arbeiterverrats im Lager der Arbeiterbewegung aufgedeckt:

Die Ausbeutung der Kolonien und die erhöhten Monopolprofite gaben den Kapitalisten „ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minorität der Arbeiter zu beste-

der Bourgeoisie zur Niederschlagung der Revolution war. Diese sogenannten „Regierungssozialisten“ stützten sich dabei auf die Kaiserliche Generalität und auf bewaffnete fa-

nisationen ein Zentralkomitee auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.“

Während die Ebert und Noske den weißen Terror gegen



Alle Macht den Räten! Die deutschen Arbeiter wollten 1918 den Kapitalismus stürzen und die sozialistische Revolution verwirklichen. Die „Regierungssozialisten“ jedoch hielten die Arbeitergemeinschaft mit dem Kapital und die Kugeln der Konterrevolution für sie bereit.

schistische Terrorbanden wie etwa die „Freikorps“.

Man ließ nicht nur die Aufstände der Arbeiter bestialisch niedermetzeln, sondern organisierte auch den Meuchelmord an den besten Führern der Arbeiterklasse. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, unter deren Führung zur Jahreswende 1918/19 die KPD gegründet wurde, fielen am 15. Januar 1919 einem heimtückischen Mord zum Opfer. Er wurde von Offizieren organisiert, die die Regierung mit der Niederschlagung von Arbeiterkämpfen beauftragt hatten.

Der konterrevolutionäre Terror gegen die Rätebewegung wurde gestützt durch das Bündnis, das die Legien, Leipart, Tarnow und Konsorten, die reformistischen Gewerkschaftsführer, mit den Unternehmerverbänden eingingen. Am 15. November 1918, sechs Tage nach Ausbruch der Revolution, gründeten die Gewerkschafts- und Unternehmerführer gemeinsam die „Zentrale Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“. Die „Arbeitsgemeinschaft“ bildete das erste existierende Mitbestimmungsmodell in der deutschen Geschichte. Man nannte sie später auch „Zentrale Mitbestimmung“.

Im ersten Paragraphen der diesbezüglichen vertraglichen Vereinbarung werden die Gewerkschaften „als berufene Vertreter der Arbeiterschaft“ anerkannt. Unter anderem regelte sie die Einsetzung von „Arbeitervertretungen“, genannt „Arbeiterräte“, in den Betrieben. Der Arbeiterausschuß — so heißt es in dem Vertrag — hat „darüber zu wachen (...), daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden (...)“. Im letzten Paragraphen des Vertrages heißt es: „Zur Durchführung dieser Vereinbarungen (...) wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorga-

nisationen ein Zentralkomitee auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.“

Während die Ebert und Noske den weißen Terror gegen

in Deutschland zunächst mit Hilfe der reformistischen Bonzen niedergeworfen und die Herrschaft der Bourgeoisie wieder gefestigt war, lösten die Unternehmerverbände die Arbeitsgemeinschaft auf. Aber die reformistischen Führer spielten ihre Rolle als Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterbewegung natürlich weiter.

Es trat eine Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ein. Auf der Grundlage einer ungeheuer verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse erlebte die kapitalistische Wirtschaft einen Aufschwung. Diese Entwicklung bildete den Nährboden für die Verbreitung der Illusion, daß eine langsame Überwindung des Elends und der sozialen Mißstände auf dem Wege von Reformen und ohne revolutionären Sturz der kapitalistischen Herrschaft möglich sei. Es gelang den Reformisten, diese Illusion in Teilen der Arbeiterschaft zu verbreiten. Die Chefideologen des ADGB, Rudolf Hilferding und Fritz Naphtali, entwickelten damals die Theorie vom „organisierten Kapitalismus“ und von der „Wirtschaftsdemokratie“, die in ihren Grundzügen auch heute noch die ideologische Grundlage für die Mitbestimmungspolitik der DGB-Führung darstellt.

Das Kernstück dieser Theorie besteht in der These, durch die Ablösung der freien Konkurrenz im Zuge der Konzen-

tration und Zentralisation des

tration und Zentralisation des Kapitalismus werde die Anarchie der kapitalistischen Profitwirtschaft aufgehoben; in der Tendenz sei dadurch der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, zwischen Kapital und Lohnarbeit überwunden. Nicht mehr Enteignung der Kapitalisten, sondern Demokratisierung der Wirtschaft sei nun das Gebot, und auf diese Weise könne der Kapitalismus friedlich in den Sozialismus hinüberwachsen.

Hilferding schrieb 1924: „Damit wächst zugleich die bewußte Ordnung und Lenkung der Wirtschaft, die die immanente (innere) Anarchie des Kapitalismus der freien Konkurrenz auf kapitalistischer Basis zu überwinden strebt (...). So stellt der Kapitalismus gerade, wenn er zu seiner höchsten Stufe einer von neuem organisierten Wirtschaft gelangt, das Problem der Wirtschaftsdemokratie.“ Und er zog auch gleich die entscheidende gewerkschaftspolitische Folgerung aus dieser These: „Die Gewerkschaften hören damit auf, nur Organe der Sozialpolitik zu sein und werden Träger einer demokratischen Produktionspolitik.“

Gerade im Jahr 1928 brach



Lenin: „Der Imperialismus ist der Vorabend der proletarischen Revolution.“

strationen in den industriellen Zentren.

Der Pakt gegen die Revolution

Die reformistischen Gewerkschaftsführer hatten in dieser Lage wie die Kapitalisten nur ein Ziel vor Augen: die bestehende Gesellschaftsordnung vor dem Ansturm der revolutionären Massen zu retten. Man traf sich deshalb zu Gesprächen mit Vertretern des Großkapitals, um einen Pakt gegen die herannahende Revolution zu schließen. Der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Jakob Reichert, schilderte, wie sich in der Sicht der Unternehmer die Dinge kurz vor dem Ausbruch der Novemberrevolution darstellten:

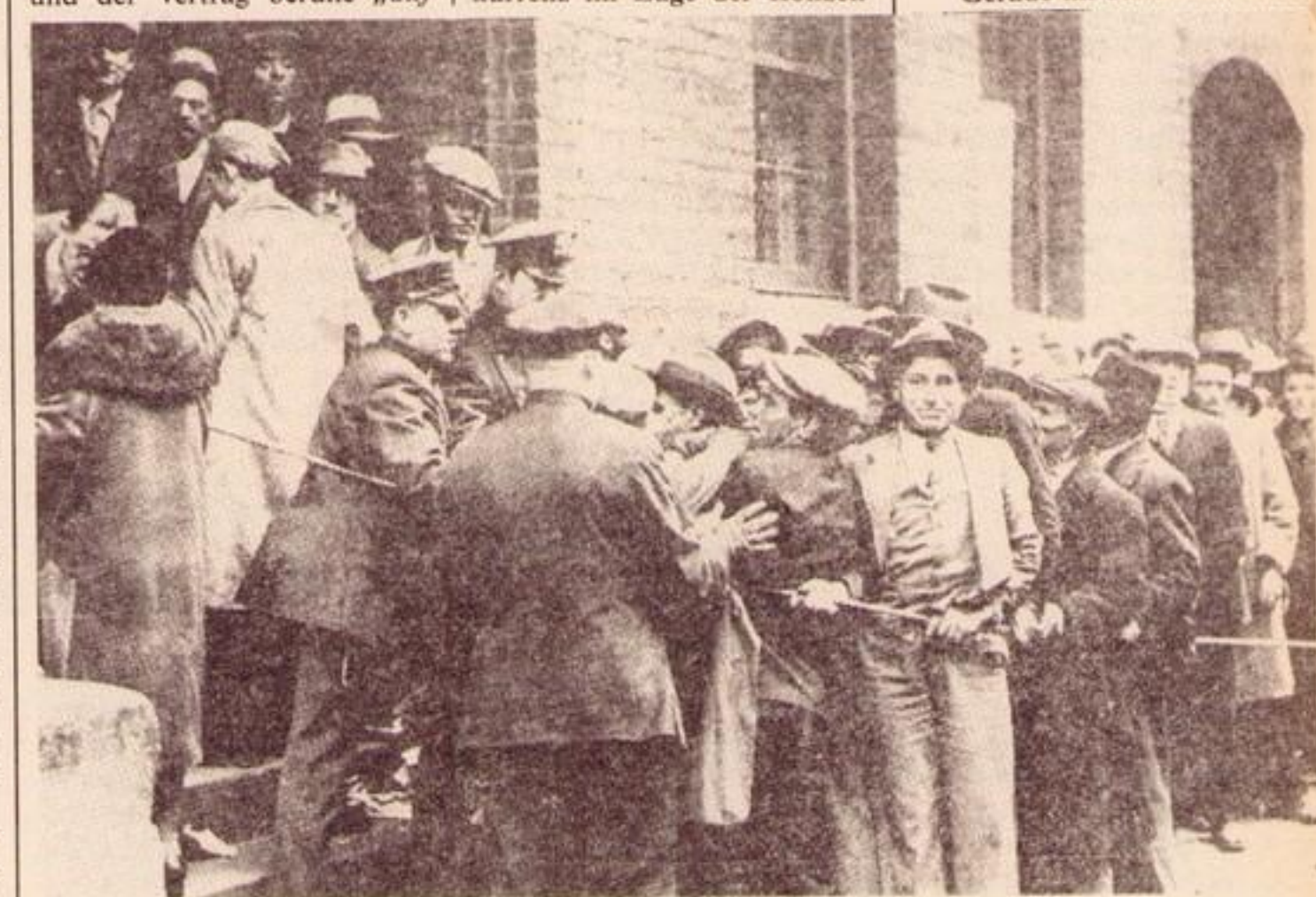
„Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der herannahenden Revolution bewahren? (...) Einen überragenden Einfluß schien nur die organisierte Arbeiterschaft zu haben. Daraus zog man den Schluß: Inmitten der

chen und sie auf die Seite der Bourgeoisie (...) gegen alle übrigen hinüberzuziehen“. Zu dieser korrupten, privilegierten Schicht der Arbeiter, genannt „Arbeiteraristokratie“, gehörten auch die Bonzen, die sich in Führung und Bürokratie der reformistischen Arbeiterorganisationen festgesetzt hatten.

Arbeitsgemeinschaft kontra Rätebewegung

Als die revolutionären Arbeiter und Soldaten die kaiserliche Regierung davonjagten und die Herrschaft des Proletariats im Form der Rätemacht zu errichten versuchten, stellten sich der Spartakusbund mit seinen Führern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sowie die revolutionären Teile der ebenfalls von der SPD abgespaltenen USPD an ihre Spitze. Die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer jedoch erklärten sich zwar in Worten für den Sozialismus, organisierten in Wirklichkeit jedoch die blutige Konterrevolution.

Die SPD-Führer Ebert und Scheidemann übernahmen die Regierung. Ihr Innenminister, der Sozialdemokrat Noske, gab selbst zu, daß er der Bluthund



Arbeitslose stehen Schlange vor dem Arbeitsamt. Der Schwarze Freitag am 24. Oktober 1929 hatte den Zusammenbruch der Wirtschaft zur Folge.

einer Ordnung der Arbeitsverhältnisse, die die kühnsten Erwartungen der organisierten Arbeiterschaft erfüllt.“

Im Jahr 1924, als der Kampf für die sozialistische Revolution

Das neue Zauberwort: „Wirtschaftsdemokratie“

Im Jahr 1924, als der Kampf für die sozialistische Revolution

tration und Zentralisation des Kapitalismus werde die Anarchie der kapitalistischen Profitwirtschaft aufgehoben; in der Tendenz sei dadurch der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, zwischen Kapital und Lohnarbeit überwunden. Nicht mehr Enteignung der Kapitalisten, sondern Demokratisierung der Wirtschaft sei nun das Gebot, und auf diese Weise könne der Kapitalismus friedlich in den Sozialismus hinüberwachsen.

jedoch die bis dahin schwerste kapitalistische Wirtschaftskrise der Geschichte aus, die die Verelendung der proletarischen Massen in nie dagewesener Weise steigerte, und ihnen ungeheure Lasten und Leiden aufbürdete.

Die Entwicklung widerlegte die reformistischen Theorien und bewies die Richtigkeit der Analyse Lenins. Lenin hatte aufgezeigt, daß mit der Entwicklung vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus we-

(Fortsetzung auf Seite 5)



Holländische Sportler im olympischen Dorf

Sommerolympiade 1980

Die Boykotteure haben sich nicht durchgesetzt

Jimmy Carter hat es nicht geschafft. Sein Amoklauf gegen die Olympischen Spiele ist gescheitert. Allen amerikanischen Drohungen und Erpressungsversuchen zum Trotz haben sich Sportler aus fast achtzig Nationen zu den Wettkämpfen in Moskau und Tallin eingefunden.

Die großen und kleinen Carter haben die Spiele nicht verhindern können, um so wütender aber treiben sie auch jetzt noch ihre Boykotttette weiter. Da werden — nachdem man schon unseren Sportlern die Teilnahme verboten hat — Millionen Fernsehzuschauer in der Bundesrepublik um die Übertragung der sportlichen Ereignisse betrogen. Stattdessen überschüttet man uns mit billigen Propagandafilmen der Moskau-Korrespondenten, mit denen immer wieder „bewiesen“ werden soll, daß jegliche Beteiligung an der Sommerolympiade eine Billigung der sowjetischen Aggression in Afghanistan bedeute.

Für wie dumm hält man uns eigentlich? Haben denn etwa die westdeutschen Sportler in ihrem Kampf für die Teilnahme an den Spielen nicht ausdrücklich die Intervention der Sowjettruppen verurteilt? Haben sie nicht Möglichkeiten diskutiert, wie ein solcher Protest auch gerade in Moskau, während der Spiele, zum Ausdruck gebracht werden könnte? Diese Tatsachen kann eine gelenkte Propaganda nicht vergessen machen. Die Sportler aus der Bundesrepublik, wie auch ihre Kameraden aus den anderen Ländern, hatten nichts weniger im Sinn, als für Breschnew und seine Gefolgsleute eine Kulisse abzugeben. Worum ging es ihnen? Um die Medaillen, gewiß. Um die Krönung ihrer sportlichen Laufbahn durch einen Sieg bei den Olympischen Spielen, der wichtigsten und unersetzbaren internationalen Sportbegegnung.

Aber es ging und es geht noch um anderes. Um die Verteidigung der olympischen Idee mit ihren positiven Vorstellungen von friedlichem Wettkampf und Völkerverständigung. Auf diese Idee, die jetzt von den reaktionärsten Elementen der westlichen Welt eifertig totgesagt wird, haben sich gerade die westdeutschen Sportler in ihrem Kampf gegen den Boykott zu Recht immer wieder berufen.

Unsere Partei hat diesen Kampf nach Kräften unterstützt. Und wir haben die schmutzigen Absichten der Boykotteure enttarnt. Carters Auftraggebern von der Wall Street, die selbst die halbe Welt mit Krieg überzogen haben, ging es niemals um das von Moskauern Truppen geknechtete afghanische Volk. Sie haben den Boykott als Knüttel ihrer eigenen imperialistischen Politik geschwungen. Und damit wollten sie nicht nur ihren Konkurrenten im Kampf um die

Weltherrschaft, die sowjetische Supermacht, treffen.

Ihr Knüttel zielte gerade auch auf die olympische Idee, auf die Völkerverständigung, auf ein Fest des Friedens. Denn in der von ihnen angeheizten internationalen Krisensituation ist all das ein lästiges Hemmnis für sie. Nicht friedlichen Wettkampf, sondern Haß zwischen den Völkern, der Jugend in den beiden Blöcken brauchen sie. Ihre wirkliche Alternative zur Olympiade — das ist die Welle des Chauvinismus, des blinden Kriegstaumels, die gerade in den USA seit Monaten systematisch geschürt wird. Um dieses gefährliche Geschäft der psychologischen Kriegsvorbereitung nicht zu stören, mußten die amerikanischen Sportler zu Hause bleiben; hinderten auch die treuesten Vasallen der amerikanischen Supermacht in Bonn oder Tokio die Wettkämpfer ihrer Länder an der Reise nach Moskau.

Dieses Vasallenverhältnis gegenüber Washington hat der Boykott für die Menschen in unserem Land schlagartig deutlich gemacht. Wie sagte doch der Innen- (und Sport-) Minister Baum noch im Anfangsstadium der Boykotttette? „Nach Auffassung der Bundesregierung kann Boykott im Sport grundsätzlich nicht als Mittel der Politik eingesetzt werden.“ Noch drastischer äußerte sich der oberste Sportführer dieses Landes, DSB-Präsident Weyer. Der deutliche Wink aus Washington genügt dann, um diese Herren ihre „Grundsätze“ vergessen zu lassen und sie zu Einpeitschern des Boykotts zu machen. Und mit dem massiven Druck der Bundesregierung, unter dem Trommelfeuer der reaktionären Medien haben sich die Boykotteure in der Bundesrepublik ja leider durchsetzen können.

Was werden die Folgen sein? Insgesamt ist Carters Boykott — wie gesagt — zurückgeschlagen worden. Und das ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Dennoch ist die internationale Sportbewegung von Carters Amoklauf schwer angeschlagen worden. Sicher wäre es falsch, in das Lamento derjenigen einzustimmen, die jetzt die Olympischen Spiele für erledigt halten. Tatsache ist aber, und das haben die jetzt laufenden internationalen Sportkongresse in Moskau schon gezeigt, daß die Sportbewegung immer stärker in die Rivalitäten zwischen den beiden imperialistischen Blöcken hineingezogen wird.

Diese Tatsache nun enthüllt den frommen Wunsch, Sport und Politik könnten voneinan-

Nach Moskau durften unsere Sportler nicht fahren. Aus „moralischen Gründen“. Man hat ja noch die Stimmen der Boykottbefürworter unter den Sportfunktionären im Ohr. Diese Stimmen, die so geknallt vor Entrüstung bebten: Wie können wir nach Moskau fahren, wenn gleichzeitig die Russen Freiheitskämpfer in Afghanistan massakrieren?

Nein — Moskau, das wäre „unmoralisch“ gewesen. Eine Gegenolympiade, wie sie ursprünglich von Carter ins Auge gefaßt worden war, ließ sich dann auch nicht mehr arrangieren. Wegen Mangels an Masse, weil ja all die Franzosen und Engländer und Italiener, von den Afrikanern ganz zu schwei-

gen, weil sie also auf die Moral pfeifen und doch nach Moskau fahren. Was also tun?

Da brauchte man in den Spitzen der westdeutschen Sportverbände nicht lange zu überlegen. Wenn schon keine Gegenolympiade durchzuführen war, dann mußten eben viele kleine Ersatzolympiaden organisiert werden. Also schickt man die verhinderten Olympiamannschaften jetzt — Geld aus Bonn ist reichlich vorhanden — in alle Welt, in möglichst exotische Gegenden, wo sie in Wettkämpfen mit den einheimischen Mannschaften (die überwiegend auch zur Boykotttette gehören) das Geld der Steuerzahler verplempern können.

So werden sich die Boxer in Kenia austoben können; die Leichtathleten gehen in Kanada an den Start; die Schwimmer zieht es nach China und die Hockeymannschaft wird im fernen Australien antreten.

Etwas ganz Besonderes haben sich die Herren vom Bund Deutscher Radfahrer für die Radamateure ausgedacht. Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß gerade diese Herren zu den entschiedensten Boykottbefürwortern gehörten. Durch Moskau zu radeln, das wollten sie ihren Aktiven nicht zumuten; das wäre ja auch (siehe oben) der Gipfel der Unmoral gewesen. Und als die Verbandsfunktionäre dann Atlanten wälzten, um einen Ersatzstartplatz für die Mannschaft zu finden, hatten sie bald das geeignete Land für einen garantiert moralischen Radsport gefunden: Chile.

So werden also die westdeutschen Radamateure in einem Land an den Start gehen, dessen Militärs erwiesenerma-

ßen nicht in Afghanistan oder sonstwo eingeeifert, sondern die nur gegen das eigene Volk marschiert sind. Wir kennen die Pläne für die Durchführung dieses westdeutsch-chilenischen Wettkampfes nicht. Man wird aber kaum fehlgehen in der Annahme, daß die Radler ihre Endrunde im großen Stadion der Hauptstadt Santiago drehen werden, in jenem Stadion, das als Konzentrationslager in der ganzen Welt zu trauriger Berühmtheit gelangt ist. Dort werden dann auf dem Ehrenrang die Herren vom Bund Deutscher Radfahrer sitzen, zwischen ihnen die Mord- und Foltergeneräle der Diktatur, vielleicht auch der blutige Pinochet persönlich.

Die Generäle werden in Erinnerungen schwelgen, an die Zeit unmittelbar nach ihrem Putsch, als dort unten im Stadionrund Tausende von Demokraten zusammengetrieben wurden, als sich der Rasen rot von ihrem Blut färbte, als dort der große Volksänger Victor Jara erschlagen wurde...

Und die Herren vom Radfahrerverband, was werden sie denken? Sie werden wohl nur rundum zufrieden sein, daß es ihnen im Verein mit dem Flick-Manager Brauchitsch, mit Willy Weyer und anderen gelungen ist, Carters Olympiaboykott auch im westdeutschen Olympischen Komitee durchzusetzen. Auf Proteste gegen die Chilereise der Radamateure antwortete übrigens Helmut Meyer, der Direktor im Bundesausschuß Leistungssport: Der bundesdeutsche Sport würde sich isolieren, wenn er sich nur noch nach den politischen Verhältnissen der Gastländer richten würde.



Nationalstadion in Santiago 1973

Jetzt werden auch die Fernsehzuschauer zum Boykott gezwungen

BONN.— Als am Samstag in Moskau die Sommerspiele eröffnet wurden, trieb auf westdeutschen Bildschirmen die Biene Maja ihre munteren Spielchen. Und so wird es während der ganzen Dauer der Olympiade bleiben: Westdeutsche Fernsehzuschauer sind von den Wettkämpfen ausgeschlossen.

Ursprünglich war ein Mammutprogramm von Direktübertragungen aus Moskau und Tallinn geplant, das insgesamt 170 Stunden umfassen sollte. Aber dann kam der von Carter und der Bundesregierung erzwungene Boykott der westdeutschen Mannschaften. Und die Fernsehmacher aller Kanäle beeilten sich, ihrerseits nun auch die Zuschauer von den olympischen Wettkämpfen auszusperrten. Das Programm wurde auf sage und schreibe sechs (!) Stunden zusammengeknüpft.

Damit haben sich auch die Herren von ARD und ZDF als

besonders eifrige Gefolgsleute des Boykottthetters Carter erwiesen. Ihre Kollegen aus Japan (dessen Sportler ebenfalls zum Boykott gezwungen wurden) gestanden den Fernsehzuschauern immerhin noch 40 Stunden Olympiabereiche zu. Bei uns werden nun die im Programm entstandenen Lücken hauptsächlich mit Filmklamotten gefüllt, sinnigerweise überwiegend aus amerikanischer Produktion (Beispiel: „FBI — Kampf dem Terror“). Darüber hinaus will man uns mit sogenannten Hintergrundberichten aus der Sowjetunion und Diskussionsrunden über den Boy-

kott beglücken.

Statt Informationen über die sportlichen Ereignisse also reaktionäre Propaganda, mit der die Boykotttette noch einmal auf einen Höhepunkt getrieben werden soll. Die olympischen Wettkämpfe können so allenfalls die Bewohner der Randgebiete der Bundesrepublik verfolgen. Das Schweizer Fernsehen sendet insgesamt 195 Stunden Berichte von den Spielen, das österreichische Fernsehen ist täglich mit fünf Stunden live dabei und in der DDR wird den ganzen Tag über pausenlos gesendet.

Präsidentenwahl im IOC

Keine Chance für Daume

MOSKAU.— Während die Sportler aus der Bundesrepublik gegen ihren Willen von den Sommerspielen ausgesperrt wurden, reiste ein Aufgebot von immerhin 36 westdeutschen Sportfunktionären nach Moskau. Während der Olympiade halten nahezu alle internationalen Fachverbände Kongresse ab, und die Funktionäre aus der Bundesrepublik wollten beim Poker um Einfluß und Posten dabei sein. Trotz des Boykotts, den sie zum Teil selbst beschlossen hatten.

Nach Moskau fahren auch die beiden westdeutschen IOC-Mitglieder Beitz und Daume. Im Internationalen Olympischen Komitee stand die Neuwahl des Präsidenten an, bei der auch Willi Daume kandidierte. Erwartungsgemäß blieb er jedoch ohne Chancen. Daume war zwar als Gegner des Boykotts aufgetreten, er hatte sich aber mit dieser Linie nicht im westdeutschen Olympischen Komitee durchsetzen können.

Neuer Präsident wurde der Botschafter Spaniens in Moskau, der Unternehmer Samaranch, der auch heute keinen Hehl daraus macht, daß er in der Franco-Zeit ein „konsequenter Faschist“ gewesen ist. Zum Sieg verhalfen Samaranch die Stimmen der IOC-Mitglieder aus den Ostblockländern, auf die ursprünglich Daume für seine Kandidatur spekuliert hatte.

Boykott-Folge: Leistungen fallen ab

BONN.— „Der Olympiaboykott hat Schaden in fast alle Disziplinen getragen.“ Mit dieser Meinung steht der Exweltrekordler im Hammerwurf, Karl-Heinz Riehm, nicht allein. Der Boykott hat zu großen Enttäuschungen und Verunsicherungen bei den westdeutschen Sportlern geführt. Jahrelange Vorbereitungen auf sportliche Höchstleistungen im Rahmen der Olympiade wurden jäh gestoppt. Die Folge: ein deutlicher Leistungsabfall.

Ein typisches Beispiel dafür ist die Leichtathletik. Hier wurden im letzten halben Jahr international 23 Weltrekorde eingestellt. Diese Rekorde wurden jedoch fast ausschließlich von Sportlern erzielt, die in Moskau an den Start gehen. Die Boykottländer — unter denen die Mannschaften aus den USA und der Bundesrepublik gerade in der Leichtathletik traditionell stark sind — waren nur dreimal an diesen Rekorden beteiligt. Zwei fielen auf die Bundesrepublik, einer auf die USA.

Carter holt die meisten Medaillen

WASHINGTON.— Trotz des ihnen von Carter aufgezwungenen Olympiaboykotts werden amerikanische Sportler die meisten Goldmedaillen einkassieren — insgesamt die stattliche Zahl von 650 Stück. Wie das möglich ist? Ganz einfach: Carter hat jetzt im amerikanischen Parlament den Antrag gestellt, daß an jedes Mitglied der ursprünglichen US-Olympiamannschaft eine Goldmedaille verliehen wird. Dem Antrag wurde stattgegeben. Ob sich die amerikanischen Sportler allerdings für dieses falsche Gold begeistern, darf wohl bezweifelt werden.

Berufsverbote werden verschärft (3. Teil)

„Was uns als Liberalisierung verkauft wurde, war nichts als Schwindel“

Vor anderthalb Jahren hat die Bundesregierung ihre „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue“ beschlossen und damit angeblich eine Liberalisierung der Berufsverbote eingeleitet. Die Bilanz, die wir in unserer dreiteiligen Artikelserie ziehen, sieht allerdings anders aus: Von einer Liberalisierung kann keine Rede sein. Im letzten RM haben wir vor allem dargestellt, daß nach wie vor für die Angehörigen des öf-

Letztendlich können sich Behörden und Gerichte in den alljährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten der Innenministerien auf Bundes- und Länderebene orientieren, wer gerade als „Verfassungsfeind“ gilt und dementsprechend aus dem öffentlichen Dienst hinauszusüßern ist. Und so ist es dann auch kein Wunder, daß in Bayern — wo im Verfassungsschutzbericht auch demokratische Initiativen wie das hauptsächlich von SPD-Mitgliedern

ten hohen Gerichte erklären, daß es keinen Unterschied zwischen den faschistischen Zielen der NPD und der Verfassung dieses Staates gäbe.

Bundesregierung im Kielwasser von Strauß

Wie hat sich nun der Bruch des Parteienprivilegs, die Abstempelung von Mitgliedern nicht

fentlichen Dienstes wichtige in der Verfassung verankerte Grundrechte außer Kraft gesetzt werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Tatsache, daß Mitglieder legaler Parteien — unter offenem Bruch des sogenannten Parteienprivilegs — von den Behörden zu „Verfassungsfeinden“ erklärt werden können — eine Praxis, die von allen hohen Gerichten abgesegnet wurde.

lich habe sein können, daß seine Mitgliedschaft in der DKP Konsequenzen für ihn haben könne. Zum anderen hätten auch nach 1975 seine Vorgesetzten keinen Anstoß an seiner Mitgliedschaft genommen, und schließlich habe auch noch kein einschlägiges Urteil des Bundesdisziplinargerichts vorgelegen (Peters Fall war das erste Berufsverbotsverfahren vor diesem Gericht).

In der Sache selbst aber erklärte das Gericht, kein Beam-

automatisch den Rauschmiß nach sich ziehen muß — es sei denn, der Betroffene wäre nur eine Karteileiche.

Aber auch dieser perverse Unterschied zwischen aktiver und passiver Mitgliedschaft gilt inzwischen schon nicht mehr. Bundesdisziplinaranwalt Claussen hat nämlich mittlerweile durch das Studium von Parteistatuten festgestellt, daß es in „kommunistischen Parteien“ überhaupt keine passive Mitgliedschaft gibt.

Verschärfung der Berufsverbote bei den Bundesbehörden

Aufgrund des Verfahrens gegen Hans Peter konnte es nicht mehr verwundern, daß der nächste Berufsverbotsfall vor dem Bundesdisziplinargericht mit der Bestätigung des Rauschmisses endete — ausschließlich wegen der Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen“ Partei. Gegen den Dortmunder Bundesbahnbeamten Langmann (ebenfalls DKP) entschied das Gericht vor einigen Wochen klipp und klar: „Die Beantwortung der Frage, ob die DKP verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, ist nach Auffassung dieses Gerichts allein dafür entscheidend, ob der Beamte mit seiner Tätigkeit für diese Partei ein Dienstvergehen begeht oder nicht.“

Die Verfahren gegen Peter und Langmann (weitere fünfzig Berufsverbote im Bereich der Bundesbehörden sind noch anhängig) stellen eine erhebliche Verschärfung der Berufsverbotspraxis dar, nicht nur, weil es sich hier um schon verbeamtete Angehörige des öffentlichen Dienstes handelt, sondern auch, weil sie eindeutig die Automatik „Mitgliedschaft gleich Berufsverbot“ festschreiben, die selbst den „Grundsätzen“ der Bundesregierung vom Januar 1979 widerspricht.

Wie erklärt nun die Bundesregierung diesen offensichtli-

chen Gegensatz zwischen der reaktionären Praxis ausgerechnet im Bereich der ihr selbst unterstehenden Behörden und dem Gerede von der „Liberalisierung“ der Berufsverbote? Durch eine hinterhältige Lüge! Die erwähnten Berufsverbote werden betrieben vom Bundesdisziplinaranwalt Claussen, der hier sozusagen den Ankläger spielt. Und jedesmal, wenn dieser Claussen zuschlägt, bekundet der zuständige Minister Gscheidle, er habe „unterschiedliche Auffassungen“ zum Bundesdisziplinaranwalt. Mit diesem Trick versuchen sich Gscheidle und die Bundesregierung aus der Verantwortung zu stehlen. Tatsächlich aber ist Claussen nach dem Paragraphen 38 I der Bundesdisziplinarordnung dem Minister gegenüber weisungsgebunden.

Wenn Gscheidle, wenn Schmidt und seine Regierung wollten, könnten sie den Herrn Claussen also sofort stoppen. Sie wollen aber nicht. Das zeigte sich jüngst noch einmal am Fall Peters. Claussen will in die Berufung gehen, um dem Postbeamten doch noch sein Berufsverbot zu verpassen. Und er fällt diese Entscheidung nach Rücksprache mit Gscheidle. Wie sehr die Bundesregierung inzwischen den Kurs verschärft hat, zeigt schließlich ein letzter Fall.

Anonymer Hinweis — fristlose Kündigung

Diesmal schlugen die Berufsverbote nicht im Bereich des Bahn- und Postministers Gscheidle zu — das Berufsverbot wurde vom Ministerium des Herrn Ehrenberg betrieben. Ende Mai bekam die Rentenberaterin Edith Wiese-Liebert ihre Entlassung — wegen Mitgliedschaft in der DKP. Als Begründung für den Rauschmiß wurde unter anderem auch ein „anonymes Protestschreiben“ angeführt. Ein bezeichnender Hinweis darauf, wie heute im Zeichen der angeblichen Liberalisierung die Behörden ihre „Anhaltspunkte“ über Bewerber oder Mitglieder im öffentlichen Dienst sammeln. Postkarte genügt — anonym, versteht sich —, und postwendend kommt das Berufsverbot. Denunzianten lassen sich in reaktionären und faschistischen Kreisen je immer finden. Im Fall der Beamtin auf Probe, Wiese-Liebert, vermutete denn der „Spiegel“ die Denunzianten auch beim rechtsradikalen „Deutschland Magazin“.

Der gleichen Zeitschrift hat übrigens unlängst der Bundesdisziplinaranwalt Claussen ein Interview gegeben, in dem er seine Absicht bekräftigte, alle Angehörigen von „verfassungsfeindlichen“ Organisationen (linken natürlich) aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.

Aber nicht nur diese Umstände machen das Berufsverbot für Edith Wiese-Liebert zu einem Gipfelpunkt in der reaktionären Berufsverbotepraxis. Zum ersten Mal ist hier das Berufsverbot mit einem fristlosen Rauschmiß verbunden worden. Und das ist die schier unglaubliche Begründung für die fristlose Kündigung: Es würde das „Ansehen des öffentlichen Dienstes schädigen, wenn ein als Verfassungsfeind erkannter Beamter auf Probe während eines sich u.U. über mehrere Jahre hinziehenden Verfahrens noch weiterhin Dienst tun oder auch nur ohne Dienstleistung weiterhin Bezüge erhalten würde.“

Hier wird also nicht nur mit dem grundgesetzwidrigen Be-

griff des „Verfassungsfeindes“ im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einer legalen Partei operiert. Es wird gar nicht mehr darauf abgestellt, daß irgendein Gericht diese fragwürdige „Verfassungsfeindlichkeit“ bestätigt. Nein, die Handlanger von Minister Ehrenberg selbst haben in der Beamtin einen „Verfassungsfeind erkannt“, und sie nehmen auch gleich selbst die „nötigen“ Schritte vor — den sofortigen Rauschmiß. Hier sind nun die Gerichte vollends und unverhüllt zu den Erfüllungsgehilfen der ausführenden Staatsorgane degradiert. Sie haben nach „einem sich u.U. über mehrere Jahre sich hinziehenden Verfahren“ nur noch die Entscheidung der Behörden abzusegnen, die vorher längst gefallen ist.

Kampf gegen Berufsverbote geht weiter

Die hier aufgeführten Tatsachen beweisen eindringlich, daß der öffentliche Dienst auch nach der „Liberalisierung“ unter einem politischen Sonderrecht steht; daß die dort Beschäftigten faktisch Freiwill für die Staatsorgane sind. Die Tatsachen beweisen weiter, daß die Kontrolle, die Überwachung und Bespitzelung im öffentlichen Dienst unter den verschiedensten Formen nahezu ungehemmt weitergeht. Schließlich zeigt sich auch, daß gerade im Bereich der Bundesbehörden die Tendenz zunimmt, das Berufsverbot ausschließlich wegen der Mitgliedschaft in einer als „verfassungsfeindlich“ bezeichneten Organisation zu verhängen (eine Tendenz, die sicher auch Auswirkungen auf die Bundesländer haben wird). Und was als „verfassungsfeindlich“ zu gelten hat, bestimmen — wie wir gezeigt haben — ausschließlich die Regierungen und ihre Apparate im jeweiligen politischen Interesse der herrschenden Klasse. So schwebt das Damoklesschwert des Berufsverbots letztlich über jedem demokratisch gesinnten Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

So ist also der eingangs angeführten Feststellung des stellvertretenden Judo-Vorsitzenden Hundt nur zuzustimmen: „Was uns als Liberalisierung der Berufsverbote verkauft wurde, war nichts als ein großer Schwindel.“ Diese Feststellung darf nun natürlich nicht in dem Sinne verstanden werden, daß wir Werktätigen von den Herren in Bonn eh immer betrogen werden, und daß es sich nicht lohnen würde, dagegen zu kämpfen.

Der Schwindel mit der Liberalisierung, die ungehemmte — und teilweise verschärfte — Praxis der reaktionären Berufsverbote beinhalten die Verpflichtung für alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte in diesem Land, beim Kampf gegen die Berufsverbote nicht nachzulassen. Wie wir zu Beginn dieser Artikelserie festgestellt haben, sind in diesem Kampf beachtliche Erfolge erzielt worden, die sich in einigen Bundesländern — vor allem in Hamburg und Bremen — materiell ausgewirkt haben. An diesen Erfolgen gilt es anzuknüpfen; sie müssen gesichert werden gegen die hier dargestellten Tendenzen, die Berufsverbote trotz „Liberalisierung“ wieder weiter zu verschärfen.

Und als Ziel des Kampfes bleibt natürlich weiterhin die vollständige Streichung des Radikalerlasses, die Abschaffung der Berufsverbote und die Wiedereinstellung aller bislang von ihnen Betroffenen.



Solidaritätsdemonstration für den Postbeamten Peter

getragene PDI aufgelistet werden — auch Sozialdemokraten vom Berufsverbot betroffen sind.

Einen feinen Unterschied machen die Gerichte allerdings — wenn es um Faschisten geht. Deren Organisationen sind ja der Optik halber und um die reaktionäre „Rot-gleich-braun“-Lüge zu bekräftigen, ebenfalls in den Verfassungsschutzberichten aufgeführt. Aber wie es ausgeht, wenn Behörden und untere Gerichte auf den massiven Druck der demokratischen Öffentlichkeit hin sich bequemen, gegen Faschisten im Staatsdienst vorzugehen, zeigt jetzt gerade wieder ein Fall aus Baden Württemberg. Der Polizeiwachtmeister Schützinger ist immerhin Landesvorsitzender der faschistischen NPD und gleichzeitig Mitglied ihres Parteipräsidiums. Zehn Jahre war er schon im Dienst — unter anderem passenderweise als Gorilla von Filbinger — bis sich die Behörden dem Druck der zahlreichen Proteste beugten und ihn aus dem Dienst entfernten, was vom Verwaltungsgericht in Sigmaringen bestätigt wurde.

An dem Sigmaringer Urteil allerdings äußerte der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim sofort „ernste Zweifel“: Denn sowohl der VGH selbst wie auch der Disziplinarhof von Baden Württemberg habe entschieden, daß die NPD nicht verfassungsfeindlich sei.

So ist also durch Entscheidungen auf höherer Ebene schon dagegen vorgebeugt worden, daß sich auch Faschisten im Netz der Berufsverbote verfangen. Denn schließlich hat man dieses Markenzeichen des Bonner Staates ja dazu erfunden, den öffentlichen Dienst von Demokraten und Kommunisten zu säubern. Bezeichnend immerhin ist, daß die erwähn-

verbotener Parteien zu „Verfassungsfeinden“, nach der „Liberalisierung“ vor anderthalb Jahren entwickelt? Die von der Bundesregierung entwickelten „Grundsätze“ stellen sich vollständig auf den Boden der hier dargestellten reaktionären Praxis. Auch in den „Grundsätzen“ ist ausdrücklich die „Mitgliedschaft in einer Organisation mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung“ als ein Merkmal angeführt, das zum Berufsverbot führen könne.

Strittig zwischen den Koalitionsparteien und der Union war — neben der Regelanfrage, auf die die Strauß-Partei nicht verzichten will — in dieser Hinsicht nur eins: Die Union befürwortet einen „Automatismus“, das heißt, die bloße Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen“ Partei soll für den Rauschmiß genügen. Die Koalitionsparteien dagegen wollten die Mitgliedschaft nur als einen von mehreren Gesichtspunkten werten, die über das Berufsverbot entscheiden sollen.

Wie wenig jedoch diese Unterschiede für die Praxis bedeuten, hat sich in den letzten Wochen und Monaten gezeigt. In der Praxis nämlich hat sich die Bundesregierung im Bereich ihrer eigenen Behörden längst der Linie der Strauß-Partei angeglichen.

Das zeigte sich schon im Frühjahr beim Verfahren gegen den Postbeamten Hans Peter vor dem Bundesdisziplinargericht. In diesem Verfahren ging es ausschließlich um die Mitgliedschaft Peters in der DKP, die vom Gericht — wiederum unter Bruch der Verfassung — für „verfassungsfeindlich“ erklärt wurde. Peter wurde dabei persönlich ein Unrechtsbewußtsein zugestanden, weil zum einen vor dem Radikalerlaß von 1975 für ihn nicht ersicht-

ter könne sich „mit entschuldigender Wirkung darauf berufen, er habe nach wie vor darauf vertraut, daß das Parteienprivileg ihn vor einer Zurechnung der Ziele der Partei, für die er sich betätigt habe, schütze“. Und konkret über die Mitgliedschaft in einer vom Gericht für „verfassungswidrig“ erklärten Partei hieß es: „Eine bloße inaktive Mitgliedschaft in der DKP überschreitet noch nicht die Grenze zur disziplinarrechtlich relevanten Pflichtverletzung. Dagegen wird diese Grenze überschritten, wenn ein Beamter für die DKP politisch aktiv ist, indem er Parteizeitungen herausgibt, Parteiämter übernimmt oder für die DKP kandidiert.“ Peter wurde zwar wegen der obengenannten persönlichen Gründe freigesprochen, das Gericht hatte jedoch auf der anderen Seite klargemacht, daß die Mitgliedschaft in einer „verfassungswidrigen“ Partei



Berufsverbote Gscheidle



Die afrikanische Delegation zieht in das Festzelt ein.

Die folgende Reportage ist noch vor dem von den Behörden gestellten Ultimatum, das Lager zu räumen, geschrieben worden. Sie beschreibt die Eröffnungsver-

anstaltung vom 19. Juli und gibt den Kampf um die Durchführung des Lagers bis zum vergangenen Wochenende wider.

IV. Internationales Jugendlager eröffnet

Das Lager hat viele Freunde im Hunsrück gefunden

THIERGARTEN.— Grau in grau hängt ein bleierner Himmel über dem Hunsrück. Ein feiner Regen geht nieder. Langsam wird es dunkel. Die große Zeltstadt in der Talmulde, vor wenigen Stunden noch voller Leben, liegt jetzt ruhig da. Nur aus dem Festzelt am Lagereingang tönt Stimmengewirr; manchmal klingt der Anfang eines Liedes in den Aben hinaus. Die Eröffnung des IV. Internationalen Jugendlagers steht unmittelbar bevor.

Wechsel, mit den Flaggen ihrer Organisationen, die Delegationen aus Kanada, Dänemark, Frankreich, dem Iran, den Niederlanden, Obervolta, Portugal, Schweden, Spanien, aus der Türkei und aus Deutschland. Als letzte Gruppe schließlich kommen Jugendliche aus Thierngarten; ein Zeichen dafür, wieviel Freunde das Jugendlager hier unter der einheimischen Jugend schon gewonnen hat.

Und mit dem Einzug jeder Delegation wiederholt sich das

der Dominikanischen Republik, der Schweiz und aus Tansania werden noch Delegationen kommen.

Klaus Kühl spricht über den internationalen Kampf der Jugend, der seinen Ausdruck auch in der Durchführung dieses Lagers findet. „Die Jugend der Welt“, so sagt er, „ist aufgestanden, sie hat die Fahne des Friedens und der Freiheit in die Hand genommen und stürmt vorwärts.“

Dann geht er auf den zähen

Thierrgarten und der Umgebung zu dieser Feier ins Festzelt gekommen sind. Hatten die „Einheimischen“ sich am Anfang noch in kleinen Gruppen beiseite gehalten, sind sie jetzt mitredend unter den Tanzenden; sie rufen die Parolen mit, und an immer mehr Jacken und Hemden sieht man das Zeichen des Lagers oder die „Stoppt-Strauß“-Plakette.

Diese mitreißende Veranstaltung im Festzelt war das Ergebnis eines Kampfes, der über Wochen hinweg geführt werden mußte. Und es war keineswegs unser diesjähriger Katastrophensommer, der das Lager in Frage stellte. Damit waren die vielen Genossen und Freunde, die den Aufbau durchführten, in bewundernswerter Weise fertig geworden. Obwohl das natürlich keine einfache Sache war. Denn da schwammen Zelte weg, die man schon befestigt hatte. Da mußten Entwässerungsgräben angelegt werden. Und dann waren da die großen Zelte. Nur zwei Fachleute standen für deren Aufbau zur Verfügung. Die übrigen Arbeiten wurden von den freiwilligen Helfern gemacht. Man kann die Schwierigkeiten ermessen, die der vollkommen aufgeweichte

revolutionärer Geist, eine hohe Einsatzbereitschaft. Nur ein Beispiel von vielen: Am Montag vor der Eröffnung hatten die Genossen den ganzen Tag hindurch bei strömendem Regen gearbeitet. Abends kamen dann noch zwei Lastwagen an, beladen mit Zelten und Generatoren. Nun handelte es sich dabei um Leihwagen, die wegen der hohen Mietkosten so schnell wie möglich entladen werden mußten. Und es war gar keine Frage, daß man trotz Regens und Dunkelheit diese Arbeit sofort anpackte.

Die größten Schwierigkeiten wurden dem Lager jedoch nicht durch das schlechte Wetter bereitet, sondern durch den anhaltenden und tückischen Widerstand der Behörden gegen diese internationale Jugendbegegnung. Da kam eine Woche vor der Eröffnung plötzlich eine einstweilige Verfügung der Kreisverwaltung gegen den Platzbesitzer Gans: Das Gelände wäre nur für achtzig Personen zugelassen, aber nicht für die tausend Gäste, die zum Lager erwartet werden. Der Vorbereitungsausschuß machte daraufhin dem Herrn Scheinert, Dezernent der Kreisverwaltung, klar, daß man selbstverständlich auf dem Gelände zusätzliche Toiletten- und Duschwagen aufgestellt hätte, wie es eben für die Kapazität des Lagers erforderlich wäre.

Doch darum ging es dem Herrn Scheinert und seinen Vorgesetzten, die im Hintergrund blieben, gar nicht. Sie wollten das Lager verhindern, sonst nichts. Warum hätten sie sonst ihre Einwände erst so spät vorgebracht, wo sie doch schon vor Monaten von dem Lager unterrichtet waren? Und daß hier nicht Toiletten und Duschen zur Debatte standen, sondern ein politischer Vorstoß der Reaktion, enthüllte dann besagter Scheinert selbst, als er dem Vorbereitungsausschuß erklärte, das Lager könne auch dann nicht stattfinden, wenn es für jeden einzelnen Teilnehmer eine Toilette gäbe.

Natürlich dachten die Genossen nicht daran, gegenüber diesen Schikanen klein beizugehen. Sie gingen selbst in die Offensive und informierten die Bevölkerung von Thierrgarten und der umliegenden Ortschaften. Die Sache begann, ihre Kreise zu ziehen. Auch die vom Vorbereitungsausschuß unterrichteten Medien zeigten jetzt Interesse an dem „Fall“. Dreimal ließ sich der saarländische Rundfunk mit dem Bauwagen der Lagerleitung auf dem Zeltplatz verbinden und brachte Live-Interviews über den Stand der Auseinandersetzungen um

an. Eine zwölfköpfige Kommission der Kreisverwaltung war angereist, um das Lager zu inspizieren. Sicher war die Anwesenheit der Reporter dazu angetan, die Herren von der Kreisverwaltung nervös zu machen. Zumal der Saarländische Rundfunk vom Zeltplatz aus einen Kommentar aufnahm, in dem die internationale Verständigung, der das Lager dient, begrüßt und die Vermutung ausgesprochen wurde, daß politische Motive hinter den Versuchen stünden, das Lager zu verbieten.

Und mindestens ebenso bedrohlich mußte den Herren die Tatsache erscheinen, daß sich vor der kleinen Gaststätte auf dem Lagerplatz Angehörige des Besitzers Hans Gans und andere Dorfbewohner eingefunden hatten, die eine — gelinde gesagt — unfreundliche Haltung einnahmen. Jedenfalls steckte die Kommission zurück und sprach statt eines offiziellen Verbots des Lagers nur weitere Auflagen aus: Zwei zusätzliche Toilettenwagen sollten aufgestellt und eine dreißig Kubikmeter umfassende Sickergrube für die Küchenabwässer sollte ausgehoben werden. All das wurde von den Dorfbewohnern mit höhnischem Gelächter quittiert. Als dann die Herren von der Kommission noch damit drohten, sie würden notfalls auf Kosten von Gans die Arbeiten zur Erfüllung dieser Auflagen selbst in Auftrag geben, riß den Thierrgartenern der Geduldsfaden. Nicht nur, daß den Herren in drastischer Klarheit die Meinung gesagt wurde; einige Männer aus dem Dorf wollten der Kommission auch ernsthaft ans Leder gehen. Daraufhin verließ die ungewünschte Abordnung der Kreisverwaltung fluchtartig den Platz.

Die Genossen aus dem Internationalen Jugendlager können viele Beispiele für die Unterstützung Ihrer Sache durch die Bevölkerung berichten. Das begann schon beim Aufbau, als Traktoren anrollten, um die Toilettenwagen in ihre Position zu bringen. Als dann immer neue Auflagen der Kreisverwaltung kamen — zum Beispiel die Aufforderung, die Lagerstraßen mit Schotter zu bedecken —, fand sich im Dorf nicht nur jemand, der einen LKW zur Verfügung stellte. Auch die vier Wagenladungen mit Schotter wurden unter der Hand herangeschafft.

Und die Menschen in Thierrgarten lassen sich dabei auch durch den Druck der reaktionären Kräfte nicht einschüchtern. Das zeigte schon Bürgermeister Gans, der den Lagerplatz nicht kündigte, obwohl ihm seine Partei — die CDU — mit Ausschluß drohte (inzwischen ist der Rausschmiß prompt vollzogen worden). Da war auch die Sache mit dem Sportplatz. Der Thierrgartener Sportverein hatte dem Jugendlager ohne Zögern sein Stadion für die Austragung von Wettkämpfen zur Verfügung gestellt. Postwendend kam die Drohung, dem Verein würden schon zugesagte Gelder für den Bau von sanitären Einrichtungen gestrichen, wenn die Zusage nicht sofort rückgängig gemacht würde. Die Thierrgartener Sportler aber blieben bei ihrem Wort. Und es handelt sich immerhin um eine Summe von 50.000 Mark. Wahrhaftig kein Pappenstiel für einen kleinen Verein.

Das sind — wie gesagt — nur einige Beispiele. Sie machen aber deutlich, daß die Teilnehmer des Jugendlagers schon viele Freunde im Hunsrück gefunden haben. Und das hat schließlich auch die hohe Beteiligung der örtlichen Jugend an der Eröffnungsveranstaltung bewiesen.



Zum Brechen voll ist das Zelt. Wer auf den Holzbänken keinen Platz gefunden hat, drängt sich im Mittelgang oder an den Längswänden des Zeltes, die über und über mit Transparenten in verschiedenen Sprachen bedeckt sind. Auf der Bühne hat ein etwa dreißigköpfiger Chor von türkischen Genossen Aufstellung genommen. Letzte Anweisungen für den Einsatz werden gegeben; immer wieder kommt jetzt die Aufforderung, den Mittelgang freizumachen. Es soll Platz geschaffen werden für den Einzug der internationalen Delegationen.

Und dann ist es soweit. Als erste Gruppe, unter Spruchbändern und roten Fahnen, marschieren die Vertreter der afrikanischen Jugend ein. Der Chor begrüßt sie mit einem Lied. Aber bald schon wird der Gesang übertönt von einem Rufen aus Hunderten von Kehlen: „Hoch die internationale Solidarität!“ Auf die Afrikaner folgen die Jugendlichen aus Britannien. Und dann im bunten

Bild: Der Chor stimmt ein Begrüßungslied an, dann hallen Parolen durch das Zelt, Parolen, die dem Befreiungskampf der Jugend und der Völker gelten. Losungen in den Sprachen der ausländischen Gäste werden angestimmt. Diejenigen, die auf den Holzbänken Platz gefunden hatten, sind längst aufgestanden. Alles drängt sich dem Mittelgang zu, Fäuste werden gereckt, rote Fahnen geschwungen, und immer wieder vereinigen sich alle Stimmen in dem Ruf: „Hoch die internationale Solidarität!“

In dieser kämpferischen Atmosphäre begrüßt Klaus Kühl, der Sprecher des Vorbereitungsausschusses, die Gäste aus aller Welt. Noch sind nicht alle eingetroffen. Besonders stark werden natürlich die albanischen Genossen vermisst, die man auch schon zu dieser Eröffnungsfeier erwartet hatte. Sie werden zu diesem Zeitpunkt in Wien aufgehalten, weil ihnen die Bonner Behörden nicht rechtzeitig die Visa erteilt haben. Auch aus Costa Rica, aus

und beharrlichen Kampf ein, der geführt werden mußte, damit dieses IV. Internationale Jugendlager überhaupt stattfinden konnte. Und einer derjenigen, die dazu beigetragen haben, ist Hans Gans, der Bürgermeister von Thierrgarten und Besitzer des Zeltplatzes. Auch er spricht ein kurzes Wort zur Begrüßung der Gäste und wünscht dem Lager Erfolg.

Das „offizielle“ Kulturprogramm bei diesem Eröffnungsabend wird bestritten vom Essener Eisler-Chor, von der Politrockgruppe Elbe 1 aus Hamburg und einer Folkloregruppe aus der Türkei. Doch damit ist der Abend noch längst nicht abgeschlossen. Vorn auf der Bühne finden sich immer neue Gruppen ein, Kanadier, Dänen, Franzosen, Spanier, Portugiesen, die Kampflieder aus ihrer Heimat vortragen. Bis tief in die Nacht hinein wird gesungen und getanzt. Und längst schon kann man keinen Unterschied mehr feststellen zwischen den Lagerteilnehmern und den etwa hundert Jugendlichen, die aus



Der Mast für die rote Fahne wird aufgerichtet.

Boden dabei gemacht hat, das nasse und glatte Holz für die Konstruktion. Dennoch gingen alle Arbeiten zügig und diszipliniert voran.

Hier herrschte schon vor der Eröffnungsveranstaltung ein

das Lager. Ein viertes Mal, am Tag vor der Eröffnung, kam dann ein Übertragungswagen, um direkt vom Ort der Ereignisse zu berichten.

Für diesen Tag nämlich kündigte sich eine Entschei-

Warum das Thübinger Landestheater nicht mehr in Leutkirch gastieren darf

Die „Bauernoper“ und der erschrockene Bürgermeister

Volkskorrespondenz aus Dortmund



Der Landgraf ließ die Köpfe auf Spießen stecken.

Vor kurzem reiste ich wieder einmal in meinen Geburtsort Leutkirch, ein kleines Städtchen im Allgäu, in dem ich meine Kindheit zugebracht habe. Einer meiner Brüder, der dort lebt, ein Metallarbeiter, erzählte mir mancherlei über Leutkircher Verhältnisse und Ereignisse, darunter auch das folgende, das inzwischen ein Dreivierteljahr zurückliegt und als „Leutkircher Theaterskandal“ in die Stadtchronik eingegangen ist.

In Leutkirch pflegte früher, just bis der besagte „Theaterskandal“ das bescheidene Kulturleben des Städtchens erschütterte, das Tübinger Landestheater mit oft recht guten und auch politisch fortschrittlichen Aufführungen zu gastieren. So wurden etwa auch verschiedene Stücke von Bert Brecht aufgeführt.

Nicht daß Leutkirch mit seinen ungefähr zehntausend Einwohnern im Ruch stünde, ein rotes Pflaster zu sein oder ähnliches. Eher das Gegenteil trifft zu, obschon in der Stadt einiges an Industrie angesiedelt ist. Textilien, Möbel und Metallwaren werden in verschiedenen mittleren und kleineren Fabriken hergestellt. In Leutkirch gibt es also ein, wenn auch kleines industrielles Proletariat. Dennoch ist das Rathaus fest in der Hand der CDU.

Das soll nicht sagen, daß es keine politisch fortschrittlichen Leutkircher gibt. Es gibt — vor allem in der Leutkircher Jugend — durchaus radikale Neigungen nach links, ja sogar in Richtung Kommunismus. Und daß die revolutionäre Stimmung gar nicht so gering ist, wird unter anderem auch durch jene Vorfälle bei der Theateraufführung deutlich, die mir von meinem Bruder geschildert wurden. Zur Aufführung gelangte damals die „Bauernoper“ von Yaak Karsunke.

Die „Bauernoper“ handelt vom revolutionären Krieg der Bauern gegen den Adel und die Kirche im süddeutschen Raum. Ungeachtet des Umstandes, daß die in dem Stück dargestellten Kämpfe schon mehr als 450 Jahre zurückliegen, sind ihre Spuren noch längst nicht verwischt und ihre sozialen und politischen Auswirkungen reichen bis in unsere Zeit hinein.

In Leutkirch wird dies augenfällig, wenn man seinen Blick auf den unweit des Städtchens gelegenen Hauptsitz eines alten Fürstengeschlechtes richtet, das Schloß von Zeil. Und

wer etwa das Verlagsgebäude der in Leutkirch erscheinenden „Schwäbischen Zeitung“ betritt, dessen Blick fällt schon im Flur auf das Wappen dieses Fürstengeschlechtes. Das Wappen prangt auf einer Tafel über der Aufschrift: „Fürstliche Zei-

ten erscheinende „Allgäuer Zeitung“ sein eigen. Auch erschöpft sich sein Besitz nicht in einer Reihe von herrlich gelegenen Schlössern und Burgen im oberschwäbischen und Allgäuer Land. Sein Grundbesitz umfaßt rund 100 Millionen Quadrat-



Das schwarze Weib zieht der bewaffneten Schar voraus.

tungsverwaltung“.

Jawohl, die „Schwäbische Zeitung“ gehört einem leibhaftigen Fürsten aus Fleisch und Blut, und zwar nennt er sich Reichstruchseß 7. Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauburg. Der Fürst von Zeil ist der Nachfahr jenes unter dem Namen „Bauernjörg“ in die Geschichte eingegangenen Bauernschlächters, der in Süddeutschland die Bauernaufstände in Strömen von Blut ertränkt hat.

Dieser Nachfahr nennt bei weitem nicht nur die „Schwäbische Zeitung“ und die in Kemp-

meter. Der Wert seiner Reichtümer ist insgesamt auf allermindestens eine Milliarde Mark zu veranschlagen.

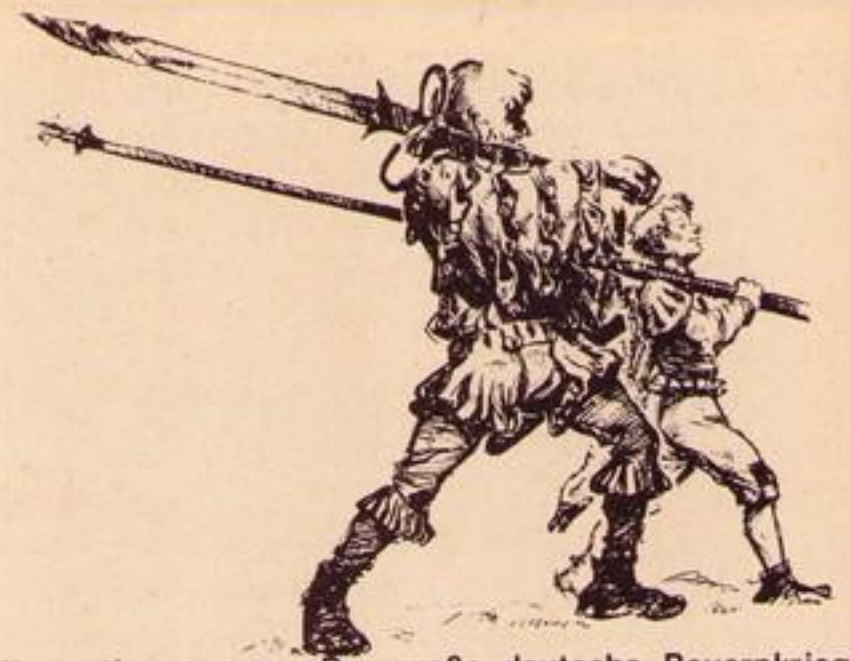
In einem Aufsatz von Bernt Engelmann, der in dem bekannten Büchlein „Ihr da oben, wir da unten“ enthalten ist, kann man nachlesen, wie der sagenhafte Reichtum des Fürsten von Zeil einst begründet wurde:

„Doch erst im frühen 16. Jahrhundert gelang ihnen der große Coup, von dem das Haus heute noch zehrt. Damals wurde der Truchseß Georg von Waldburg Anführer des mit

Fugger-Geld bezahlten Söldnerhaufens, der die erste deutsche Revolution, den Bauern- und Arbeiteraufstand von 1522/26, unter Einsatz der gerade modernsten Mittel niederwarf.“

Engelmann weist auf die grauenhaften Bluttaten des Truchseß hin, so auf ein Strafgericht an besiegten Aufständischen, „an das man sich in Franken und Schwaben noch heute mit Schauern erinnert“. Abertausende ließ der Bauernjörg allein bei dieser Gelegenheit foltern und hinrichten. Sein Oberhenker rühmte sich später, er habe mit eigener Hand 1200 Köpfe abgeschlagen.

Weiter schreibt Engelmann: „Mitunter erpreßte er zunächst Lösegeld von den Angehörigen seiner Gefangenen, die er dann trotzdem abschlachten ließ. Meist jedoch hielt er seine Versprechen, das Leben der Bauern und Bürger (gegen hohe Summen) zu schonen und sie (gegen weitere Zahlungen) freizulas-



Illustrationen aus: „Der große deutsche Bauernkrieg“ von Wilhelm Zimmermann

gen, vor allem den hinteren, die Gemüter mächtig in Wallung versetzt und geradezu eine revolutionäre Stimmung ausgelöst, die sich in heftigen Be- und Mißfalläußerungen (nicht der Aufführung, sondern den dargestellten Personen und Handlungen gegenüber) und in Zwischenrufen Luft machte.

Mein Bruder befand sich in Begleitung von Freunden. Einer davon war ein schon älterer Bauarbeiter, genannt Bill. Bill galt unter seinen Freunden als Kommunist. Er war ein großer Bewunderer des sozialistischen Albanien, in das er einmal im Urlaub zu reisen Gelegenheit gehabt hatte. Leider ist Bill inzwischen gestorben. Mein Bruder behauptet, Bill, der sich von der Aufführung ungeheuer begeistern ließ, habe derartig frenetisch und viel geklatscht, daß er am Ende blutende Wundstellen an seinen gewiß nicht eben zarten Händen hatte.

Ob dies nun eine Übertreibung ist oder nicht — in der Festhalle war jedenfalls „die Hölle los“. Diese Theateraufführung wurde zum Zünder für einen kulturellen und politischen Kleinstadtskandal. Spätestens wurde das klar, als eine würdige Repräsentantin katholisch-kirchlicher Kreise protestierend die Festhalle verließ, und zwar an einer Stelle der Aufführung, an der besonders die brutale Ausbeutung der Bauern durch die hohe Geistlichkeit aufs Korn genommen wurde. Der wutentbrannte Abgang besagter Kirchentante war wohl nicht so sehr durch die gewiß realistische Darstellung des Themas auf der Bühne als vielmehr durch die Reaktionen und Zwischenrufe, die sie beim Publikum auslöste, provoziert worden.

Nun blieb es allerdings nicht bei dem erwähnten Vorfall, sondern kam noch besser. Anwesend war nämlich — in einer

Ehrenloge, versteht sich — auch der Leutkircher Oberbürgermeister Feger (der übrigens diesen Posten schon zu meiner Leutkircher Zeit, also bereits vor etwa zwanzig Jahren innehatte).

Wie es das Unglück will, kommt in dem Stück nun ausgerechnet ein korrupter Bürgermeister vor, und selbiger gerät in die Gewalt von aufständischen Bauern. Als diese nun darüber beratschlagten, welche Strafe man über den Bauernschinder verhängen solle, geschah das, was den echten Bürgermeister in der Ehrenloge namens Feger dazu veranlaßte, schleunigst aus der Festhalle hinauszufegen, selbstverständlich durch den Hinterausgang. Und zwar tönten aus den Rängen, natürlich den hinteren, Rufe und Sprechchöre ungefähr folgenden Wortlautes:

„Machet en heh! Schlaget en zdoof! Hollet en doch do raus und henket en auf!“ Ich denke, es ist nicht nötig, diese Worte ins Hochdeutsche zu übersetzen. Dem echten Bürgermeister jedenfalls blieb nicht verborgen, daß die Zwischenrufe gar nicht so sehr seinem mittelalterlichen Amtskollegen auf der Bühne galten als vielmehr ihm selbst!

Hat er nun tatsächlich in diesem Moment um sein Leben gefürchtet? Mein Bruder meint, angesichts der Stimmung, die in der Halle herrschte, sei dies nicht auszuschließen. Als der Bürgermeister Feger sich davonmachte, sei er jedenfalls — so wird berichtet — leichenblau bis grün im Gesicht gewesen.

Mein Bruder sagte im übrigen, dieser Abend im Leutkircher Festspielhaus sei absolut das beste Theatererlebnis gewesen, das er bislang gehabt habe, obschon es sehr bedauerndswert sei, daß nun das Tübinger Landestheater in Leutkirch nicht mehr auftreten darf.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich ☐ halbjährlich
DM 60.- DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Sterben für die USA? (letzter Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

In der letzten Folge unserer Artikelserie wurde aufgezeigt, daß zur Verteidigung des Friedens eine Bewegung unter der Arbeiterklasse und anderen Teilen des Volkes notwendig ist, die sich nicht nach dem Muster bürgerlicher oder revisionistischer Friedensbewegungen auf den pazifistischen Protest „gegen die Bombe“ oder auf das Beschwören einer unrealistischen sogenannten Entspannungspolitik beschränkt. Der Kampf muß vielmehr für die Durchsetzung solcher konkreter Forderungen organisiert werden, die geeignet sind, den Kriegstreibern wirkungsvoll zu begegnen, die internationale Lage zu entspannen, die Kriegsgefahr herabzusetzen und den Frieden zu erhalten. In diese Bewegung müssen wir Kommunisten zugleich das Bewußtsein über das Wesen und die Ursachen der imperialistischen Kriege im allgemeinen und im besonderen des zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt drohenden hineinbringen. Für uns Kommunisten ist klar, daß es gerechte und ungerechte, revolutionäre und reaktionäre Kriege gibt. Der drohende Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion, zwischen den beiden von ihnen beherrschten Militärblöcken, wäre — ähnlich wie der erste Weltkrieg — ein von beiden Seiten her ungerechter, imperialistischer Krieg.

In diesem abschließenden Teil unserer Artikelserie wird unter anderem auf den „Friedensplan der KPD“ eingegangen. Dazu sei angemerkt: Der „Friedensplan der KPD“ wurde vom Zentralkomitee auf seinem letzten Plenum verabschiedet. Er wird nunmehr der Öffentlichkeit unterbreitet. Der „Rote Morgen“ wird den „Friedensplan der KPD“ in seiner nächsten Ausgabe veröffentlichen.

Die Lage in Deutschland

Heute — 35 Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges — stehen sich auf deutschem Boden hochgerüstet zwei feindliche Armeen, die des Warschauer Paktes und der NATO gegenüber. Dabei haben weder die in diesen aggressiven Militärpakten integrierte „Nationale Volksarmee“ der DDR, noch die „Bundeswehr“ der BRD Verteidigungs- sondern Angriffscharakter. Das heißt beide sind von ihrem Aufbau, ihrer Bewaffnung her auf den Angriff, die sogenannte Vorne- oder auch Vorwärtsverteidigung, das Hineintragen des Krieges in das Land des Gegners ausgerichtet. Wie weit das gelingt, steht auf einem anderen Blatt.

Ob eine Truppe offensiv oder defensiv ausgerichtet ist, erkennt man einmal am Verhältnis der Offensiv- und Defensiv-Elemente, zum Beispiel der Panzer, zu den eher defensiven Elementen wie den Infanterieverbänden und zum anderen an der Aufstellung der Panzerverbände nahe einer Konfrontationslinie. Wenn noch hinzukommt, daß Teile dieser Panzerverbände, wie einige der Bundeswehr, Übungen unter sibirischen oder tropischen Bedingungen durchführen, dann dürfte klar sein, wohin die Reise eines Tages gehen soll, denn solche Bedingungen gibt es in Deutschland nicht.

Die Ausrichtung der Bundeswehr auf den Angriffskrieg, wie auch die der NVA, ist schon alt. F.J. Strauß wollte erstere gar mit Atomwaffen ausrüsten. Daran ändert auch nichts, daß man den zuständigen Minister nicht mehr Kriegs- sondern Verteidigungsminister nennt. Von Anfang an drängten die ehemaligen Hitler-Offiziere in der Bundeswehr auf eine Bewaffnung, die weiträumige Panzeroperationen nach dem Vorbild des Hitler-Generals Guderian im zweiten Weltkrieg möglich mache. Dabei spielte dann natürlich die Aufstellung von Infanterie-, von Jägerverbänden nur eine untergeordnete Rolle und Ende der 70er Jahre, als wieder mehr Panzer angeschafft wurden, wurden sie

ganz aufgelöst.

Der Charakter der Bundeswehr als einer mit ihren „Leopard“-Panzern und „Marder“-Schützenpanzern eher auf den Angriff ausgerichteten Truppe wird auch von Bundeswehr-Generalen wie Franz Uhle-Wetter bestätigt, der gleichzeitig ihre „Über- und Unter-technisierung“ kritisiert. Diese sogenannte Über- und Unter-technisierung der Bundeswehr, die mit der Einführung des „Leopard 2“ einen neuen Gipfel erreichte, aber ist es ja gerade, die den westdeutschen Rüstungskonzernen Höchstprofite sichert.

Doch es ist ja nicht nur die Masse der Panzer, die den Angriffscharakter einer Armee beweisen, es ist auch ihre Ausrüstung mit Brückengerät, Landungsbooten etc. und nicht zuletzt mit Kampfbomben wie dem Starfighter. Gerade aber die Umrüstung des Starfighters vom Jagdflugzeug zum Jagdbomber, einer typischen Offensivwaffe, führte durch den Einbau einer aufwendigen Elektronik zu den bekannten um die 200 Starfighterabstürzen. Auch ein Beitrag zur Abrüstung, könnte man sagen, wäre damit nicht der Tod von fast 100 Piloten verbunden. 100 Tote für den Profit der Elektrokonzerne.

Natürlich, nicht nur die Bundeswehr im Rahmen der NATO auch die Nationale Volksarmee im Rahmen des Warschauer Paktes ist eine Offensiv-, eine Angriffsarmee. Der Schwerpunkt des Warschauer Paktes liegt in der DDR. Von 31 sowjetischen Divisionen, die insgesamt in Osteuropa stationiert sind, befinden sich 20 in der DDR, davon 10 Panzerdivisionen. Zwei sowjetische Divisionen stehen in Polen, vier in Ungarn, fünf in der Tschechoslowakei. Im Rahmen dieser 31 Divisionen gibt es 10 000 sowjetische mittlere und schwere Panzer, davon rund 6 000 auf dem Territorium der DDR ohne die der NVA. Ein Angriffspotential durchaus für einen Vorstoß bis an die Kanalküste geeignet.

Mit dieser Möglichkeit rechnet offenbar auch das NATO-Oberkommando. Deshalb die Atomminensprengschächte an strategisch wichtigen Brücken und Straßen. Deshalb Pläne wie den, durch die atomare Sprengung der Loreley und anderer Felsen und Berge an seinen schmalsten Stellen den Rhein so aufzustauen, daß die Oberrheinische Tiefebene völlig überschwemmt zu einem Hindernis für die angreifenden Panzer wird. Frühestens am Rhein hofft man den Gegner stoppen und von hier aus, wenn der Nachschub aus Übersee rollt, zum Gegenangriff antreten zu können.

Was kümmert sie die Bevölkerung

Was bei diesem, zumindest mit taktischen Atomwaffen geführten Krieg aus der deutschen Bevölkerung wird, ist den Herren im Pentagon und ihren Lakaien in Bonn offensichtlich höchst gleichgültig. Sie sind es ja nicht, die da von Bomben zerfetzt, von Napalm verbrannt, in Kellern erstickt, von Neutronenbomben gegrillt und atomar verseucht werden. Sie sitzen in ihrem atomisierenden Bunker in der Eifel oder haben sich mittels ihrer Düsenjets in ruhigere Weltgegenden abgesetzt. Wie wenig sie das Leben der Zivilbevölkerung in diesem Krieg, der die Schrecken des letzten Weltkriege weit übertreffen wird, interessiert, zeigt sich schon an der Zivilschutzplanung.

Niemand weiß, wenn in der Bundesrepublik einmal im Ernstfall die 61 000 Sirenen losheulen, wohin. Wenigstens weiß man, was sie Stunde geschlagen hat. Nach amtlicher Statistik verfügt die Bundesrepublik lediglich über rund 1,8 Millionen Plätze in Schutzräumen, das heißt, für nicht einmal drei Prozent der Bevölkerung ist ein Schutzraum vorhanden. Von diesen Schutzräumen sind die meisten jedoch nicht einmal funktionstüchtig, so daß wirklich brauchbare Schutzplätze nur 0,83 Prozent der Bevölkerung geboten werden. Und die, wie sollte es anders sein, sind wiederum den Reichen, Regierungsmitgliedern und hohen Beamten vorbehalten.

Doch nicht nur der Zivilschutz, auch die gesamte medizinische Versorgung würde im Ernstfall in einer Katastrophe enden. Selbst heute gibt es für die Bevölkerung in der Nähe von Kernkraftwerken für den Fall eines Unfalls am Reaktor kaum einen Evakuierungsplan, was zum Beispiel in Ländern wie Schweden und der Schweiz gar nicht nötig wäre, weil hier das Ziel des Zivilschutzes — pro Einwohner ein Schutzplatz — heute zu 90 Prozent realisiert ist. Die Schutzmaßnahmen für die Schweizer Bevölkerung im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen kommen ihr auch bei Katastrophenfällen in Friedenszeiten zugute.

Ob, wie, wann und wo sich aus einem lokalen Krieg ein großer, der dritte Weltkrieg entwickelt, läßt sich nicht voraussagen. Fest steht jedoch, daß sich die Widersprüche der imperialistischen Mächte, der imperialistischen Blöcke untereinander weiter verschärfen, so daß die achtziger Jahre zum gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des zweiten Weltkrieges werden dürften. Das wird auch von größeren Teilen unseres

Volkes erkannt.

Fest steht weiter, daß Deutschland, vor allem die Bundesrepublik aber auch die DDR durch ihre Paktgebundenheit, sollte es zum Weltkrieg kommen, zum zentralen Schlachtfeld und in einem Ausmaß zerstört werden, das die Zerstörungen und Opfer des letzten Weltkrieges um ein Vielfaches übertrifft. Fest steht, daß der Schutz den Washington uns, den Moskau der Bevölkerung der DDR angeblich gewähren, die Garantie dafür ist, unser und das Leben unserer Kinder für die Interessen der Wallstreet und des Kreml in einem neuen Völkermorden opfern zu dürfen. Das wird erst von kleineren Teilen unseres Volkes erkannt.

Um so mehr ist es unsere Aufgabe, ihnen dies zu erklären. Ihnen einmal die Entspannungssillusionen, dieses unnütze Hoffen auf den Friedenswillen, die Friedens- und Verständigungsbereitschaft der imperialistischen Mächte zu nehmen und ihnen klarzumachen, daß Frieden und Entspannung nur gesichert werden können in unserem, im Kampf der Völker gegen

ner Politik Verbündete? Ja, es gibt sie überall auf der Welt.

Immer mehr Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind nicht mehr bereit die ökonomische, die neokolonialistische Herrschaft des Westens zu ertragen. Ebenso wenig aber sind sie bereit, diese für die militärische Herrschaft der Sowjetunion einzutauschen. Letztere hat vor allem in den letzten Jahren zunehmend ihre frühere Anziehungskraft eingebüßt, ihr Renommee, den Sozialismus, die Freiheit erkämpfen zu wollen, was zweifellos mit ihrer kapitalistischen, ihrer imperialistischen Entartung zusammenhängt. Die Völker haben jede von außen kommende Herrschaft und lehnen sie ab, was man am Iran sehr deutlich erkennt.

Mit einer scharfen Verurteilung der USA wegen der „militärischen Aktionen gegen den Iran“ endete am 22. Mai die 11. Außenministerkonferenz der Organisation Islamischer Staaten. In der Resolution hieß es, die „amerikanische Aggression“ sei eine Bedrohung für den Frieden in der ganzen Region. So wie zu Anfang des

„Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!“

Der vom letzten ZK-Plenum verabschiedete Friedensplan der KPD „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!“ wird in der nächsten Ausgabe des „Roten Morgens“ veröffentlicht. Bei Bedarf kann von den Ortsgruppen der KPD eine erhöhte Auflage beim Verlag (Tel.: 0231/433691) bestellt werden.

gen die Kriegsbrandstifter, vor allem die zwei imperialistischen Supermächte. Zum anderen müssen wir entschieden jeder Kriegshysterie entgegenzutreten, da diese nur dazu dienen, die Menschen, die Völker gegeneinander aufzuhetzen und den Krieg als unabwendbares Schicksal hinzustellen.

Wofür sterben?

Wofür sterben? Für den Profit der Rüstungskonzerne? Für das Weltmachtstreben des USA-Imperialismus? Für die Gewinne der Ölmultis? Für die Ehre der Vereinten Staaten? Aus Solidarität mit der westlichen Führungsmacht? Das hieße, die blutigen Verbrechen des USA-Imperialismus seit dem zweiten Weltkrieg, das hieße Korea, den Libanon, Iran, die Schweinebucht, Vietnam, Chile usw. vergessen. Sind wir die Sklaven der USA? Kanonenfutter für die Strategen im Pentagon? Nein, wenn die zwei Supermächte sich gegenseitig atomar morden wollen, so ist das ihre Sache, ist es die Sache des amerikanischen und des sowjetischen Volkes diesen Wahnsinn zu verhindern, wobei sie unsere volle Unterstützung haben. Wir jedoch sollten genau das tun, was man als die größte Gefahr hinzustellen versucht, uns von den Supermächten der NATO und dem Warschauer Pakt abkoppeln, wobei uns hier in Westdeutschland nur die NATO interessiert. Gibt es bei solch ei-

Jahres die Aggression der sowjetischen Sozialimperialisten in Afghanistan, verurteilten Anfang Juni auf einer internationalen Konferenz zur „Untersuchung der Einmischung der USA in Iran“ 107 Delegationen aus 60 Ländern die „Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten von Iran, Gewalttaten, indirekte Drohungen“ sowie „das Einfrieren iranischer Guthaben“ bei amerikanischen Banken. Es wurde das Recht des Iran anerkannt, „Entschädigung zu verlangen“. Der Iran habe das Recht auf Auslieferung des gestürzten Schahs und die Rückgabe seiner Reichtümer. Nur wenn die Aktionen der USA in Iran innerhalb der vergangenen 30 Jahre „geklärt“ würden, könne auch die sogenannte „Geiselfrage“ geklärt werden.

Immer klarer schält sich die korrekte, gegen beide Supermächte gerichtete Haltung des Iran heraus. So wies bereits Anfang des Jahres der iranische Revolutionsrat ein heuchlerisches Angebot des USA-Imperialismus, dem Iran gegen einen sowjetischen Angriff zur Hilfe zu eilen mit der Bemerkung zurück: Der Iran brauche „eine Einheitsfront aller unterdrückten Völker gegen beide Supermächte, die USA wie die Sowjetunion.“

In einem Interview mit einer westlichen Zeitung äußerte sich Irans Präsident Banisadr bezüglich der Hilfe des Iran für die afghanischen Freiheitskämpfer: „Natürlich helfen wir (...).

Wir haben die Mudjaheddin aufgefordert, auf eigenen Füßen zu stehen und mit dem Ausland zu brechen, auch mit dem Iran. Sie sollen allein auf sich selbst zählen. Nur so ist es auch uns gelungen, das Schah-Regime zu stürzen (...). Mit amerikafreundlichen Gruppen werden wir nicht zusammenarbeiten.“

Auf die Frage nach dem Vorschlag des afghanischen Präsidenten Babrak Karmal zwecks „brüderlicher Zusammenarbeit“ zwischen dem Iran und Afghanistan antwortete er: „Die soll er erst einmal mit seinem eigenen Volk praktizieren. Wie können wir mit ihm brüderlich zusammenarbeiten, wenn er die Russen einlädt, sein eigenes Volk zu ersticken.“ Und auf die Frage nach seiner Meinung zur sogenannten Carter-Doktrin: „Die beste Doktrin für Herrn Carter ist, sich nicht einzumischen, weder am Golf noch anderswo. Unsere Völker sind sehr wohl fähig, sich selbst zu verteidigen. Und ich hoffe, daß der Ausgang der Afghanistan-Affäre den Amerikanern und den Russen zeigen wird, daß die Zeiten ein für allemal vorbei sind, in denen man Probleme mit der Entsendung von Truppen regelte.“

Gegen beide Supermächte

Den Europäern empfahl er: „Die Europäer müssen eines vom Iran lernen: Eine von den Amerikanern wie von den Russen unabhängige Politik zu machen.“ Sicher, eine solche Politik, die zwangsläufig zu einer Auflösung der Militärblöcke, der NATO und dem Warschauer Pakt führen müßte, wäre im Sinne der Erhaltung des Friedens zu begrüßen. Nur daß solch eine Politik sowohl den entschiedenen Widerstand der Sowjets als auch der Amerikaner hervorrufen würde, was sich 1968 anlässlich des Einmarsches sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei anschaulich bewies. Was wiederum den inzwischen aus der SPD ausgetretenen ehemaligen Landesvorsitzenden dieser Partei in Schleswig-Holstein, Jochen Steffen, zu der Bemerkung veranlaßte, auch Bonn könne sich keinen „Prager Frühling“ leisten, wolle es nicht eine amerikanische Intervention herausfordern.

Übertrieben? Vielleicht. Nur braucht Washington keine Angst zu haben, daß sich die Schmidt/Genscher-, erst recht nicht eine Strauß/Kohl-Regierung aus der Abhängigkeit von den USA lösen und einen Neutralitätskurs steuern könnte. Zu tief ist die Interessenverflechtung der westdeutschen Monopole mit denen der USA und die westdeutschen Imperialisten wissen sehr wohl, daß eine Verwirklichung ihrer revanchistischen Ziele ohne die Rückenbedeckung durch den USA-Imperialismus nicht möglich ist.

Das einzige Mittel, um nicht in die Auseinandersetzungen zwischen den zwei Supermächten hineingezogen zu werden und den Frieden in Europa sicherer zu machen, läßt sich nur durch eine konsequente Frie-

(Fortsetzung auf Seite 11)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

(Fortsetzung von Seite 10)

denpolitik der Bundesrepublik — wenn möglich auch der DDR — erreichen, die zum Ziel hat, für ein Auseinanderrücken der aggressiven Militärblocke NATO und Warschauer Pakt zu sorgen und in Mitteleuropa eine Zone der Neutralität zu schaffen, eine Zone, die möglichst von Griechenland über Albanien, Jugoslawien, Österreich, die Schweiz, die Bundesrepublik, Dänemark, Schweden bis zum Nordkap reicht. Anfangen müssen wir damit natürlich bei uns, durch den Austritt aus der NATO, den Abzug aller fremden Truppen vom Boden Westdeutschlands usw., Forderungen wie sie konkret im „Friedensplan der KPD“ enthalten sind. Zwar würde ein Austritt der Bundesrepublik aus der NATO die Gefahr, in einen Krieg der beiden Supermächte hineingezogen zu werden nicht ganz ausschließen, aber doch auf ein Minimum reduzieren.

In noch stärkerem Maße gilt das für eine neutrale Bundesrepublik, die ganz zweifellos ein starker Friedensfaktor in Mitteleuropa wäre. Aber würde eine neutrale Bundesrepublik die Sowjetunion nicht zu einem Angriff einladen? Das zu glauben wäre eine Verkenntung der Weltpolitischen Lage. Denn natürlich steht jeder, der in ein neutrales Land einfällt, vor der ganzen Weltöffentlichkeit als Aggressor da. Allein dadurch wird die Verwirklichung aggressiver Absichten ganz wesentlich erschwert. Für eine neutrale Bundesrepublik gilt das sogar in ganz besonderem Maße.

Die Bundesrepublik hat natürlich ein ganz anderes Gewicht als etwa Österreich, Schweden oder die Schweiz und ihre Neutralität hätte für die Völker Europas eine ganz andere Bedeutung. Denn die Völker im Westen wie im Osten, die den deutschen Imperialismus in zwei Weltkriegen kennengelernt haben, wissen, daß er sich heute zur Verwirklichung seiner revanchistischen Ziele vor allem auf die NATO und die Bindung an die USA stützt. Die Völker Europas würden deshalb die Neutralität der Bundesrepublik mit Sicherheit als wesentlichen Faktor zur Sicherung des Friedens, als Schutz vor neuen kriegerischen Abenteuern des westdeutschen Imperialismus begrüßen. Das würde einen Aggressor gegen eine neutrale Bundesrepublik in erhebliche Schwierigkeiten bringen.

Für eine neutrale Bundesrepublik

Abgesehen davon, hat die Sowjetunion, hat Bulgarien das Nachbarland Griechenland überfallen, als es aus der NATO austrat? Österreich ist seit 25 Jahren neutral. Auch Albanien, das den Warschauer Pakt verließ, wurde nicht angegriffen. Die Schweiz und Schweden wurden als neutrale Länder weder im ersten noch im zweiten Weltkrieg angegriffen. Aber könnten unsere Forderungen nicht direkt oder indirekt bestimmten Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus entgegenkommen, würden sie nicht unter Umständen zu seiner Stärkung führen?

Keinesfalls. Allein schon der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und die Abkoppelung von den USA würden den westdeutschen Imperialismus erheblich schwächen. Aber auch eine neutrale Bundesrepublik bliebe natürlich ein im-

perialistisches Land. Die Neutralität ändert nichts an der Existenz der kapitalistischen Ausbeuterordnung in ihrem monopolistischen, imperialistischen Stadium, an der Herrschaft der Monopole, des Finanzkapitals, an seiner räuberischen und aggressiven Natur. Deshalb dürfen wir uns auch nicht, sollte es im Zuge eines Konfliktes, eines Krieges zwischen den Supermächten zu einer Neutralitätsverletzung der Bundesrepublik — von welcher Seite auch immer — kommen, uns auf die Position der „Vaterlandsverteidiger“ begeben.

Wir müssen, wie es auch der Friedensplan der Partei mit seinen Forderungen nach drastischer Abrüstung, Vernichtung aller atomaren und anderen Massenvernichtungswaffen,

Verbot jeglicher Waffenausfuhr usw. vorsieht, alle Bestrebungen, die den westdeutschen Imperialismus stärken könnten, energisch bekämpfen. Keinesfalls darf die Neutralität zu einer Aufrüstung der Bundeswehr oder gar einer atomaren „force de frappe“ nach französischem Muster führen. Keinesfalls darf die Neutralität der Bundesrepublik als der Grundstein für eine westeuropäische Supermacht gesehen werden, die in Konkurrenz mit den anderen Supermächten um die Weltherrschaft kämpft. Was wir brauchen ist nicht nur die „Einheitsfront aller Völker gegen die Supermächte“, sondern „(...) gegen die Supermächte, gegen jeden Imperialismus überhaupt.“

Der Kampf um die Erhaltung des Friedens, dem die Partei durch die Vorlage ihres Friedensplans unter dem Titel „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!“ Richtung und Ziel verliehen hat, ist keine leichte Aufgabe. Ob die Forderungen und Vorschläge des Friedensplans durchgesetzt und verwirklicht werden können oder nicht, hängt von den Kräfteverhältnissen, von der Stärke, Kampfbereitschaft und Zielklarheit der Massenbewegung ab. Eine Basis für diese Bewegung ist auf jeden Fall bereits jetzt vorhanden.

Natürlich darf man sich über die Durchsetzung unserer Forderungen keine Illusionen machen. Der Kampf dafür wird schwer, sogar sehr schwer sein. Denn schließlich werden durch die Durchsetzung unserer Forderungen die beiden Supermächte, der westdeutsche Imperialismus und die neue Bourgeoisie in der DDR wesentlich geschwächt. Doch es lohnt sich, denn schließlich und endlich geht es um nicht mehr und nicht weniger als unser und das Leben unserer Kinder, um die Zukunft unseres Volkes.

Doch denken wir stets daran: Der Kampf um die Erhaltung des derzeitigen Friedens, gegen den Ausbruch eines dritten Weltkrieges, gegen die Kriegsbrandstifter aller Art ist wichtig, sehr wichtig. „Aber dennoch genügt das nicht“, wie der Genosse Stalin sagte, „um die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern überhaupt zu beseitigen. Es genügt nicht, da bei allen diesen Erfolgen der Friedensbewegung der Imperialismus dennoch erhalten bleibt, bestehen bleibt und folglich auch die Unvermeidlichkeit der Kriege bestehen bleibt. Um die Unvermeidlichkeit der Kriege zu beseitigen, muß der Imperialismus vernichtet werden.“ Handeln wir danach!

-st

Militärputsch in Bolivien

Mörder-Generale greifen nach der Macht

Das Volk kämpft

LA PAZ.— Zwei Wochen vor der Einberufung des neuen Parlaments ist in Bolivien die Übergangsregierung der Präsidentin Lidia Gueiler durch putschende Offiziere abgesetzt worden. Die Präsidentin und die meisten ihrer Minister

Der Putsch begann in der Provinzhauptstadt Trinidad; der meuternden Garnison schloß sich sofort das Armeecorps in Santa Cruz an. In der Hauptstadt La Paz besetzten paramilitärische Kommandos der Faschisten öffentliche Gebäude, Rundfunksender, Redaktionsbüros und die Zentrale der Gewerkschaftsbewegung COB. Zahlreiche Politiker, Gewerkschaftsführer, Journalisten wurden ermordet, verhaftet oder verschleppt.

Von Anfang an leisteten die bolivianischen Werktätigen Widerstand. Der Aufruf der Gewerkschaften zum Generalstreik wurde in La Paz durch den Bau von Barrikaden befolgt. In der Universität gingen Truppen gegen Studenten vor. An mehreren Stellen kam es zu Schießereien. In den Bezirken Huanini und Siglo Veinte verbarrikadierten 5 000 Bergarbeiter die Straßen mit Lastwagen und Minen. Von Zinnminenarbeitern kontrollierte Rundfunkstationen berichteten, Panzer befanden sich auf dem Weg in die aufständischen Bezirke. Einer der Rundfunksprecher erklärte: „Wir werden bis zur letzten Konsequenz Widerstand leisten.“

Die Arbeiter und Werktätigen Boliviens zeichnen sich durch eine große Kampferfahrung und -tradition aus. Erst im November vergangenen Jahres brachte der militante Widerstand der Bevölkerung den Putsch des reaktionären Obersten Natusch Busch zum Scheitern; Buschs Putschregime hatte sich nur zwei Wochen halten können. Nach dem Sieg gegen Busch hatten sich die Werktätigen eine Reihe von Zugeständnissen erkämpft, die den Reichen im Lande, die ihre Sippen zur Hälfte in Geschäftsleute und Offiziere aufteilen, zu weit gingen. Die Forderungen der Werktätigen schreckten aber auch die wahren Herren des Landes, die amerikanischen und britischen Monopole, die die reichen Rohstoffe in den Händen haben und die ihre Geschäfte bei allen wechselnden Regierungen stets mit derselben Oligarchie in Verwaltung und Armee tätigen.

Bei den Wahlen am 29. Juni erlitten die Kräfte der äußersten Reaktion eine Niederlage. Es war daher zu erwarten, daß sie

wurden gefangengenommen. Mit ihrem Putsch wollen die reaktionären Offiziere das ihnen unangenehme Ergebnis der Wahlen vom 29. Juni 1980 annullieren.

ihre bedrohten Machtpositionen durch einen Militärputsch sichern würden. Bereits vor den Wahlen lag ein Putsch in der Luft; seit der Niederlage von Oberst Natusch Busch hatte es bereits fünf fehlgeschlagene Putschversuche gegeben.

Das Programm der Putschisten ist zutiefst reaktionär, antisozial und antinational. Es zielt ausdrücklich auf die Unterdrückung der Bestrebungen der Werktätigen, auf die Vernichtung des „internationalen Kommunismus“, auf die Zurechnahme aller sozialen Errungenschaften der Arbeiter. Ein wesentlicher Programmpunkt der Putschgeneräle ist

Krieg, die Vorbereitung eines Krieges gegen Chile: Um Chile einen Landstrich, einen „Zugang zum Meer“ zu entreißen.

Der Putsch in Bolivien ist international fast einhellig verurteilt worden. Es mischen sich jedoch auch falsche Stimmen in den Protestchor. Wenn die USA sich zu einer Geste der Distanzierung herablassen, so ist dies nur scheinheilig: Sind es doch ihre eigenen Kreaturen, ausgebildet an ihren Militärakademien, beraten und gesteuert von ihren Militärberatern, die nun ihre blutige Diktatur über das leidgeprüfte, aber kampfbereite bolivianische Volk zu errichten suchen.



Straßenkämpfe in La Paz

2. UN-Frauenkonferenz eröffnet

Im Zeichen des antiimperialistischen Kampfes

KOPENHAGEN.— UN-Generalsekretär Waldheim eröffnete in der vergangenen Woche die 2. Weltfrauenkonferenz, deren Beratungen in der dänischen Hauptstadt bis zum 30. Juli andauern werden. Im Rahmen

Das heißt aber keinesfalls, daß es auf der Konferenz einheitliche Auffassungen über die Frauenfrage gäbe. Die einzelnen Delegationen sind von den Regierungen der UN-Mitgliedsstaaten beschickt worden. Und entsprechend spiegelt diese Konferenz auch die internationalen Klassenwidersprüche wider, vor allem den weltweiten Kampf der Völker gegen Imperialismus und Neokolonialismus. So sind unter den Teilnehmerinnen der Konferenz auf der einen Seite Frauen aus dem sozialistischen Albanien oder Vertreterinnen von antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Auf der anderen Seite nehmen Regierungsmitglieder aus den imperialistischen Staaten an der Konferenz teil.

Einige der blutigsten Diktatoren, der eifrigsten Handlanger des US-Imperialismus, wie beispielsweise Pinochet von Chile, Sadat von Ägypten und Marcos von den Philippinen haben gleich ihre Ehefrauen nach Kopenhagen geschickt. Auch die USA selbst werden von einem weiblichen Mitglied des Carter-Clans vertreten, nämlich der Präsidentenschwiegertochter Judy.

Für eine Provokation sorgte schon im Vorfeld der Konferenz die westdeutsche, vom Bonner Familienministerium entsandte Delegation. Sie ließ erklären, es habe seit der letzten Weltkonferenz vor fünf Jahren Rückschritte für die Sache der Frau gegeben. Sie bezog sich dabei jedoch nicht etwa auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik, wo sich ja wahrlich genug Beispiele für die anhaltende Diskriminierung der Frau finden ließen. Und in diese Verhältnisse ist ja dann wohl auch die Tatsache einzuordnen, daß

die westdeutsche Delegation in Kopenhagen von einem Mann geleitet wurde, nämlich dem Staatssekretär Fred Zander. Nein, das Bonner Familienministerium ortete den Rückschritt für die Frauen in einem anderen Land, im Iran, wo die Frauen gezwungen würden, einen Schleier zu tragen. Man sollte angesichts dieser heuchlerisch zur Schau getragenen Sorge um die Iranerinnen nicht vergessen, daß die barbarische Schah-Diktatur auch mit Waffen aus Bonn ausgerüstet wurde. Und der tausendfache Mord an iranischen Patriotinnen hat seinerzeit weder im Familienministerium noch sonstwo in den Bonner Kanzleien auch nur den müdesten Protest ausgelöst.

der Konferenz soll auch eine gemeinsame Erklärung gegen die Diskriminierung der Frau verabschiedet werden.

über Familienfragen und ähnliches zu ziehen. Diese Absicht ist jedoch schon in den ersten Tagen kläglich mißlungen.

Zum einen konnten die Iranerinnen überzeugend darstellen, daß es der revolutionäre Kampf von Frauen und Männern gegen die pro-imperialistische Schah-Diktatur war, der die Sache der Befreiung der Frau im Iran mit großen Schritten vorangebracht hat. Und in bezug auf den Tschador, den Körperschleier, der von der internationalen Reaktion immer als Zeichen der Unterdrückung hingestellt wird, sagten sie: „Der Tschador ist eine nationale Tracht und ein Symbol der Revolution.“

Zum anderen rückten schon in den ersten Konferenztagen gerade die Fragen der rassistischen und neokolonialen Unterdrückung, unter der die Frauen besonders stark zu leiden haben, in den Mittelpunkt der Diskussionen. Die südafrikanische Patriotin Motlapula Chabaku forderte zur Unterstüt-

zung des Befreiungskampfes gegen das Rassisten-Regime von Pretoria auf. Die Vertreterin der PLO, Leila Khalid, stellte heraus, daß ein unterdrücktes Volk wie das ihre das Recht hat, auch mit der Waffe für die Befreiung seiner Heimat zu kämpfen.

Die Palästina-Frage wird eines der Kernthemen der internationalen Frauenkonferenz sein. Gegen den Widerstand der westlichen Regierungsvertreter wurde ein Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Westafrika über die Lage der palästinensischen Frauen auf die Tagesordnung genommen. Die Widersprüche in dieser Frage haben sich schon am zweiten Konferenztag entzündet. Als die Frau des Carter-Lakaen Sadat ans Rednerpult ging, um die anti-palästinensische Politik ihres Mannes zu verteidigen, erhoben sich die Delegierten aller übrigen arabischen Länder, Albanien, des Iran und einiger anderer Staaten und verließen unter Protest den Saal.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9.375 MHz 31 Meterband KW	
	7.300 MHz 41 Meterband KW	
15.30-16.00	9.375 MHz 31 Meterband KW	
	7.300 MHz 41 Meterband KW	
17.00-17.30	9.375 MHz 31 Meterband KW	
	7.300 MHz 41 Meterband KW	
19.00-19.30	9.375 MHz 31 Meterband KW	
	7.300 MHz 41 Meterband KW	
20.00-20.30	7.300 MHz 41 Meterband KW	
	5.960 MHz 49 Meterband KW	
	1.395 MHz 215m MW	
22.30-23.00	7.300 MHz 41 Meterband KW	
	5.960 MHz 49 Meterband KW	
	1.457 MHz 206m MW	
24.00-24.30	7.300 MHz 41 Meterband KW	
	5.960 MHz 49 Meterband KW	
	1.457 MHz 206m MW	
07.00-07.30	7.300 MHz 41 Meterband KW	
	5.960 MHz 49 Meterband KW	
	1.395 MHz 215m MW	



Bemerkung zum Frauenbild der DKP

Aus: „Unsere Zeit“ vom 11. 7. 80



„Die Geburt der Venus“ (Ausschnitt)
von Sandro Botticelli (1445–1510)

Es fehlet ihr nur eine Zier

Von Adam Krieger
(1634 – 1666)

Mein Kind, ich sehe deine Glieder
und deinen Leib mit Freuden an.
Hingegen so bedaur' ich wieder,
daß ich nicht alles sehen kann.
Auch sonst, was die Natur vergönnet,
man doch bei dir noch nicht erkennt.

Man sieht sie doch sonst alle Gaben,
die eine Jungfrau führen soll,
ganz herrlich und vollkommen haben.
Nur dieses fehlt. Ist dies nicht toll?
Mein Kind, wie steht dir denn zu raten?
Frag doch die Mutter und die Paten!

Was soll mir doch die schönste Geige,
wann ihr das Obergriffbrett fehlt?
Was macht man mit dem Jungfernzeuge,
wann da der Finger Lust gequält?
Wer wird ein Instrument ergründen,
dabei kein recht Klavier zu finden?

Zwar dir wird nichts als dieses fehlen,
daß deine Brust nicht Brüste hat.
Wie kannst du aber dich vermählen?
War Evens Brust denn auch so glatt?
Wär ihr dergleichen abgegangen,
wir wären noch nicht angefangen.

In ihrem wöchentlichen Feuilleton druckt die Zeitung der DKP, „Unsere Zeit“, zur Erbauung der Leser mitunter ein Gedicht ab. Um die Erbauung vollständig zu machen, wird das Gedicht oft durch ein Bild illustriert. So auch in der Ausgabe vom 11. Juli dieses Jahres.

Unter einem Ausschnitt des Gemäldes „Die Geburt der Venus“ von Sandro Botticelli, findet sich ein Gedicht Adam Kriegers, eines nicht weiter bekannten Poeten aus dem 17. Jahrhundert: „Es fehlet ihr nur eine Zier“. Krieger macht sich über ein Mädchen lustig, das keine oder nur wenig entwickelte Brüste hat. Er macht dies auf ziemlich schmierige Weise; hinter seinen scheinbar geistvollen Wendungen verbirgt sich die Geilheit des Zotenreißers. Geilheit und Dummheit. Denn dieser Adam Krieger, der (wie ein Bauer die Kühe nach der Größe des Euters) die Frauen nach der Größe der Brüste taxiert, weiß über den Zeugungsvorgang anscheinend nicht bescheid. Für ihn sind die Brüste die entscheidenden weiblichen Fortpflanzungsorgane, wenn er schreibt: „Wär ihr [Eva] dergleichen abgegangen, wir wären noch nicht angefangen“...

Die Zote in Gedichtform — „abgerundet“ durch das Bild der Venus von Botticelli — druckt nun die „UZ“ ab — nicht etwa, um rückschrittliche Ansichten im Verhältnis der Geschlechter darzustellen und anzugreifen — nein, zur Erbauung. Wen aber kann das erbauen? — Vielleicht „UZ“-Redakteure, die ansonsten Leitartikel über die Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen schreiben?...

Alkoholismus in der BRD

Traurige Rekorde

Die Flucht in den Suff; der Versuch, Probleme, Ängste, Zukunftsängste, Verzweiflung und das Gefühl der Ausweglosigkeit im Alkohol zu ertränken; die langsame Zerstörung der Gesundheit, die Zerstörung von Existenzen und Familien; kurz — der Alkoholismus hat in der BRD in erschreckendem Maße zugenommen und traurige Rekorde erreicht.

Nach Angaben des Direktors der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren in Hamm/Westfalen haben die Bundesbürger 1978 — die Zahlen für 1979 liegen noch nicht vor — rund 37,2 Milliarden Mark für Alkohol ausgegeben. Das sind umgerechnet pro Bürger 606,65 Mark.

Im Durchschnitt trank — statistisch gesehen — jeder Bundesbürger 145,6 Liter Bier, 11,2 Flaschen (je 0,7 Liter) Trinkbranntwein und 25,2 Liter Wein, Obstwein und Schaumwein. In der BRD gibt es 1,2 bis 1,5 Millionen Alkoholiker, darunter etwa 150 000 junge Menschen im Alter zwischen 14 und 25 Jahren. Statistisch verdoppelte sich in den vergangenen 20 Jahren der Alkoholkonsum, und die Zahl der Alkoholiker stieg um das Vierfache. Der Therapieerfolg bei einer stationären Behandlung von Alkoholikern liegt bei 55 bis 65 Prozent.

Von dem wachsenden Alkoholismus profitiert die einschlägige Industrie und — der Staat. Über 5,6 Milliarden Mark Steuern brachte ihm im Jahr 1978 der Verbrauch alkoholischer Getränke ein. Die Schäden für die Volkswirtschaft belaufen sich dagegen nach Angaben der Hauptstelle gegen die Suchtgefahren auf 15 bis 30 Milliarden Mark jährlich.

Es sind nüchterne Zahlen, die genannt wurden, aber dahinter verbirgt sich ein ungeheures Elend. Das kapitalistische System in der BRD, dieses System der Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze, des Lehrstellenmangels und der Jugendarbeitslosigkeit, der kulturellen Verflachung und der Springer-Presse, der politischen Überwachung und der Militarisierung — die

ses System treibt immer mehr Menschen in die Verzweiflung,

in die Resignation, in die Selbstzerstörung, in den Suff.



Jugendliche beim Alkoholeinkauf — Konzerne und Staat machen Kasse.

Strauß-Plaketten-Wüterich wirbt in Schule für CSU

Zweierlei Maß

Aus viel mehr als dem Grundsatz vom Recht des Stärkeren scheint seine Pädagogik nicht zu bestehen: Während der Ministerialbeauftragte für Gymnasien in der Oberpfalz und Leiter des Regensburger Albertus-Magnus-Gymnasiums, Josef Duschl, die 18jährige Schülerin Christine Schanderl wegen einer Anti-Strauß-Plakette mit der Schulentlassung bedrohte, rührte er selbst die Werbetrommel für die CSU — im Dienst.

Duschl nahm an einer Podiumsdiskussion zum Thema Gesamtschule teil, zu der der CDU-Vorsitzende im Landkreis Regensburg eingeladen hatte. Der CSU-Mann hatte die Einla-

dungsschreiben dazu über die Schulen verteilen lassen, obwohl es sich um nichts als eine getarnte Wahlkampfveranstaltung der CSU handelte. Duschl diente dieser Parteiveranstaltung praktisch als Aushängeschild.

Die Machenschaften Duschls wurden unter anderem von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und 116 oberpfälzischen Lehrern angeprangert. Besonders verwunderlich ist nach Ansicht der GEW das Verhalten Duschls, da er sich bei seinem Vorgehen gegen die Schülerin Schanderl stets auf seine Pflicht Schule und Politik zu trennen, berufen habe.



Montag, 28. Juli, 20.20 Uhr, Südwest III
Karl Valentin und Liesl Karlstadt: Es knallt!

Montag, 28. Juli, 20.15 Uhr, West-Nord-Hessen III
Wach auf, Schweizervolk! — Die Schweiz zwischen „Frontismus“, Verrat und Selbstbehauptung (1930 bis 39). Von Heinz Büttler.

Dienstag, 29. Juli, 20.05 Uhr, Südwest III

Figuren aus dem Bauernkrieg (4): Der Bauern Bruder. Florian Geyer, Ritter und Revolutionär. Film von Rainer C.M. Wagner.

Mittwoch, 30. Juli, 20.30 Uhr, ARD

Der Mond scheint auf Kyle-namoe. Theaterstück von Sean O'Casey. Der irische Dramatiker O'Casey, Sozialist, engagierte sich in der sozialen und nationalen Bewegung der irischen Arbeiterschaft.



Filme aus der Türkei

Zwischen dem 8. und dem 15. Juli wurde mit drei türkischen Beiträgen gleich dreimal geboten, was im westdeutschen Fernsehen sonst kaum zu sehen ist: revolutionäre Spielfilme. Die Filme „Die Braut mit dem schwarzen Schleier“, „Die Herde“ und „Der Freund“ erhoben Anklage gegen die elenden Verhältnisse in der Türkei; sie blieben jedoch nicht nur bei der Anklage stehen, sondern zeigten die Perspektive und den Ausweg aus dem Dilemma, zeigten Revolutionäre und revolutionäres Handeln. Am eindrucksvollsten war der Film „Die Herde“. Am Beispiel einer Nomadenfamilie, die ihre Schafherde aus den ostanatolischen Bergen nach Ankara bringt, gab der Film einen Querschnitt durch die türkische Gesellschaft: von den sich auflösenden feudalen und patriarchalischen Verhältnissen auf dem Lande bis zu den von extremen Klassengegensätzen geprägten Zuständen in der Hauptstadt Ankara.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

- | | |
|--|--|
| 4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr. | 7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr. |
| 4630 Bochum, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86. | 7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linksurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 11-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08. |
| 2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr. | 2300 KIEL, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr. |
| 6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do, Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr. | 5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Leselounge „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Mo-Fr 17-18.30 Uhr. |
| 4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Elfenbein-Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., Sa 17-19 Uhr. | 8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/250 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr. |
| 4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14. | 8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr. |
| 6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 10-13 Uhr. | 7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr. |
| 7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarast. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr. | SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr. |
| 2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr. | |
| 3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr. | |